

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Werktages. Abonnementpreis mit Post. Beilage „Wort u. Welt“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 14 Reichspf. Einzelverkaufspr. 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 40

Telefon { 905 nur Redaktion  
928 nur Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für 14 Tage: 20 Reichspf. 14 Tage: 30 Reichspf. 1 Monat: 100 Reichspf. 3 Monate: 280 Reichspf. 6 Monate: 520 Reichspf. 1 Jahr: 1000 Reichspf. (alle Preise ohne Porto)

Geschäftsstelle: Johannisstraße 40

Telefon { 928 nur Geschäftsstelle  
905 nur Redaktion

# Lübecker



# Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 113

Dienstag, 18. Mai 1926

33. Jahrgang

## Neumanns Schicksal besiegelt

### Die Mehrheit für das Misstrauensvotum gesichert

#### Der Stuhl des Bürgermeisters ist leer

S. Lübeck, 18. Mai.

In zwei deutschen Volkserkrankungen wurde gestern über die verbrecherischen Anschläge der Putzschichten verhandelt, in Preußen und in Lübeck.

In Preußen steht ein Republikaner an der Spitze des Staates, unser Genosse Braun, und die Putzschichten mit ihrem Anhang — das feige Bürgertum schreibt Claf — versuchten, sein scharfes Durchgreifen zu einem neuen Angriff gegen ihn auszunutzen.

In Lübeck steht — vorläufig noch mit juristischem Recht — einer der Mitverschworenen an der Spitze des Staates und die Sozialdemokratie führte den Angriff.

Der Republikaner Braun stand da, mit seiner Hühnergestalt. Er nahm den Knüttel in die Hand und erteilte den Kläffern Hiebe, von denen sie sich so bald nicht erholen werden.

Der Mitteldeutsche Neumann war nicht da. Mit dem schönen Mut, der diese Weltkrieger auszeichnet, wenn es sich nicht um andere handelt, hatte er sich in die tiefsten Gründe seiner Billa zurückgezogen, während der Sturm im Parlament tobte.

Doch sein Vertreter — Senator Vermehren — mußte Rede und Antwort stehen. Was brachte er? — Eine lendenlahme Senatserklärung und einen neuen Bluff, ein „loben eingegangenes“ Schreiben des Oberputzschichten Claf, in dem er, Claf, eidesstattlich! (Stürmisch bricht das Hohnlachen der Linken aus) versichert, daß erstens überhaupt nichts, und zweitens nur Harmloses vorgefallen sei. Das zog nicht; und nun die Senatserklärung: In Wirklichkeit waren es zwei Erklärungen. Die eine namentlich unterzeichnet von den fünf sozialdemokratischen Senatoren, spricht klar und eindeutig aus, daß diese Mitglieder des Senats die strafrechtliche Seite des Falles Neumann für ungeklärt ansehen und das Verhalten des Bürgermeisters scharf mißbilligen. — Unter der gemündeten Erklärung des anderen Teils, der dem „getreuen Freund“ des Mordanklagers Claf noch immer Schleppeitragendienste leistet, fehlten die Namen.

D Claf, Claf, wach wahres Wort hast du gesprochen!

Die Debatte selbst, so stürmisch sie zeitweise verlief, brachte den sachlichen Erweis für alles, was von dieser Stelle aus in den letzten Tagen mit der notwendigen Schärfe ausgesprochen wurde.

Absolut erdrückend war das Material, das unser Fraktionsvorsitzender Haut in einstündiger klarer und ernster Rede aufzurichtete. Anfangs Lärm auf der Rechten; doch zusehends wurden die Stimmen schwächer, die Gesichter länger. Denn nicht nur feige ist dieses Bürgertum, es ist auch unerhört unwissend in politischen Dingen. So mancher wird erstaunt gewesen sein über die lange Liste der politischen Verbrechen, Morde und Putzsch, die diesem Claf zugeordnet nachgewiesen sind. Das hatten sie nicht gewußt; wie sollten sie auch, da die Quelle ihrer Dummheit, der Lübecker General-Anzeiger, bis heute nicht einmal gewagt hat, die Briefe des Herrn Claf an Seine Kaiserliche Majestät auch nur andeutungsweise mitzuteilen. — Daß auch Neumann nichts gewußt habe, der „getreue Freund“ ...

Als innerlich gebrochener Mann betrat der unberufene Verteidiger dessen, der sich selbst zu verteidigen nicht wagte, Ewers, die Tribüne. Kein Wunder, daß er nach ein paar gut sitzenden

Zwischenrufen völlig die Fassung verlor und sich hilflos prustend an das Rednerpult klammerte. War doch schon das Konzept seiner Rede mit innerer Unwahrscheinlichkeit so belastet, daß auch ein Besserer unter diesem Gewicht zusammenbrechen mußte. Wir halten Claf für einen Schädling am Volke, für einen Mann, der nie etwas Gutes und stets Unheil angerichtet hat; wir mißbilligen den politischen Verkehr Neumanns mit diesem Manne — so führte er wörtlich aus; und doch wir halten zu Neumann um seiner Verdienste für Lübeck willen. „Nennen Sie uns ein einziges dieser Verdienste“ — tönt es ihm von links entgegen. — Betretenes Schweigen. Ein geschlagener Mann schleppt sich vom Rednerpult fort.

Eine ungewöhnlich gute Rede hielt Koh; nicht um Recht und Unrecht wird hier gekämpft, sondern um die Macht — das war der Kernpunkt seiner Ausführungen. Für schuldlos halten Sie Neumann ebenso wenig wie wir — ruft er der Rechten zu — aber Sie sind ihm durch Klasseninteresse verbunden. Daß Koh als getreuer Moskajünger die Sozialdemokraten durchaus übertrumpfen und gleich gegen den ganzen Senat zu Felde ziehen mußte, war nicht eben politisch klug, aber entschuldigbar.

Und dann kam Echoldt. Da spiketen sich die Ohren. Denn von den Demokraten hängt bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen die Entscheidung ab. Die ersten zwei Worte bringen sie. Schärfster, klarer kann eine Abgabe nicht sein, und Echoldt sprach im Namen der demokratischen Fraktion. Ganz recht hat Claf also doch nicht mit seinem Wort vom „feigen Bürgertum“. Es gibt auch dort noch einige wenige, die den Mut ihrer Überzeugung haben; es gibt noch „Demokraten“, die Demokraten sind — in Lübeck.

Was dann noch folgte, Wittern und Pastor Kühl, war nur noch das Rülpenspiel, das im deutschen Parlamentsleben scheinbar unvermeidlich ist. Einen durchschlagenden Heiterkeitserfolgezielte der völkische Heros mit seinem Wort von „unserm jüdisch geleitetem Staatswesen“; was er sonst aus den „Weisen von Zion“ und anderen völkischen Traktaten vorlas, da hörte schon niemand mehr zu.

Zum Schluß wird das Misstrauensvotum der Sozialdemokratie verlesen. „Unterschriften vorlesen!“ wird gerufen. Und der Schlag fällt: Unter das Misstrauensvotum haben auch die Fraktionsvorsitzenden der Demokraten und Kommunisten ihren Namen gesetzt. Damit ist die Mehrheit für die Abstimmung gesichert. Der Fall Neumann auch parlamentarisch erledigt.

Die Abstimmung selbst wird am 26. Mai erfolgen; früher ist es nach der Lübecker Verfassung nicht möglich, und auch diesen Termin suchten die Neumann-Parteien mit allen parlamentarischen Schikanen hinauszuschieben. Der Versuch schlug fehl. Die Mehrheit, die das vertrauensunwürdige Staatsoberhaupt von seinem Stuhl stoßen wird, erzwang den Termin.

Eines aber erwies diese Taktik, erwies das ganze Verhalten der Rechten gestern: Neumann wird sich an seinen Stuhl klammern, so lange er auch nur eine Kante davon packen kann. Wäre es ihm um das Wohl Lübecks zu tun, das er zu vertreten beschworen hat, er würde dafür sorgen, daß bei der bevorstehenden Siebenhundertjahrfeier ein Bürgermeister die fremden Gäste empfängt, der das Vertrauen der Bürgerschaft hat. Aber er will diese Gelegenheit, in aller Welt genannt und beweihräuchert zu werden, für sich nicht aus der Hand lassen. Daher die Verschleppungstaktik; daher dies Ausweichen und Lavieren! Was das für das Ansehen Lübecks bedeutet — — —

Davon ist heute nicht die Rede.

## Bevorstehende Entscheidungen

Ueber die mannigfachen Fragen, die sich aus der merkwürdigen Art ergeben, in der das Kabinett März zustande gekommen ist, erhalten wir den folgenden Bericht unseres parlamentarischen Mitarbeiters, den wir wiedergeben, ohne uns seine politischen Schlussfolgerungen in allem zu eigen zu machen.

Das neue Kabinett März hat am Montag sein Amt angetreten. Seine Geburt ist auf etwas eigentümliche Art vor sich gegangen, die nachträglich noch einer Kritik bedarf. Nachdem Geßler und Wenauer erledigt waren, setzten sich die aus dem Amt geschiedenen und nur einstweilen mit der Fortführung der Geschäfte beauftragten Minister zusammen, um aus ihrer eigenen Mitte einen Mann zu wählen, den man dem Reichspräsidenten als Nachfolger Luthers in Vorschlag bringen könnte. Das Ergebnis war die Betrauung von März.

Uns erscheint der Weg, der hier eingeschlagen worden ist, zum mindesten recht bedenklich. Das Kabinett und zumal ein solches, das seine Gesamtdemission gegeben hat, ist kein Verein, der sich einen neuen Vorsitzenden wählen kann, und kein Kurfürstenkollegium, das die Krone dem nach Ansicht Würdigsten zuerkennt. Man hat hier einen Präzedenzfall geschaffen, der unter Umständen einmal sehr unangenehme Folgen nach sich ziehen kann, und wir dringend raten, daß in Zukunft ein so ungewöhnliches Verfahren nicht mehr beliebt wird. Selbst wenn die bisherigen Regierungsparteien und mit ihnen der Reichspräsident der Ansicht waren, daß die alte Koalition auch die Basis für das neue Kabinett bilden sollte, so wäre es doch richtig gewesen, daß Herr von Hindenburg, der parlamentarischen Tradition folgend, mit den Führern der verschiedenen Fraktionen Rücksprache genommen hätte und auf Grund der so gewonnenen Eindrücke zu einer Entscheidung gekommen wäre.

Freilich hat das Zentrum erst nach einigem Widerstreben Herrn März zur Verfügung gestellt und es kann sich darauf berufen, daß die Ansicht der Minister für seine Entscheidung nicht maßgebend gewesen sei. Aber es hat sich doch zuletzt der vom Kabinett ausgehenden Initiative angeschlossen und sie auf diese Weise gewissermaßen sanktioniert. Die Bedenken, die es zunächst hegte, betraf ja auch nicht sowohl das Verfahren als vielmehr die zweifelhafte Stellung, die die Deutsche Volkspartei eingenommen hatte. Es wollte weder März noch einen anderen zur Verfügung stellen, bevor über das politische Ziel der Volkspartei Klarheit geschaffen worden sei.

Ob das geschehen ist, wird von der Auslegung abhängen, die man dem am Sonntag von den Vertretern der beiden Parteien niedergelegten Protokoll gibt. Das Zentrum ist der Auffassung, daß mit ihm der Weg zur Wiederherstellung einer Rechtsregierung versperrt sei. Der Wortlaut des Dokuments läßt jedoch zum mindesten die Annahme zu, daß die Volkspartei den Deutschen Nationalen eine Tür öffnen wollte. Aber alles wird ja schließlich darauf ankommen, was die Parteien in dem Moment wollen, wo sie sich aufs neue vor die Frage gestellt sehen, ob die gegenwärtige Regierungsbasis ausreicht. Beide, und vor allem das Zentrum, sind der Ansicht, daß dieser Moment sehr bald eintreten muß, vielleicht schon unmittelbar, nachdem die Entscheidung über die Fürstenabfindung gefallen ist. Das Zentrum denkt ernsthaft daran, dann die Große Koalition zu schaffen. Das die Volkspartei dasselbe Ziel verfolgt, ist mindestens zweifelhaft.

Für die Sozialdemokratie ist die Frage nach den zukünftigen Möglichkeiten zunächst von untergeordneter Bedeutung. Wir haben es heute mit der Regierung zu tun, so wie sie ist. Sie unterscheidet sich von ihrer Vorgängerin nur durch die Neuweisung des Kanzlerpostens, und es läge an sich der Schluß nahe, daß wir ihr gegenüber also auch keine andere Haltung einnehmen dürften, als es diejenige war, die zur Demission des Kabinetts Luther führte. Nur dürfen wir nicht vergessen, daß unsere Interpellation und unser Misstrauensvotum sich ausdrücklich auf Herrn Luther beschränkt haben. Einmal, weil er die Jaggenverordnung verantwortlich entgegengebracht hat, und zum anderen, weil uns die Unmöglichkeit bewußt war, die vorige Regierung in ihrer Gesamtheit zu befeitigen und eine neue aus einer ganz neuen Grundlage aufzubauen. Den Konsequenzen, die sich aus dieser Sachlage ergeben, werden wir ins Augen sehen müssen.

Aber wir dürfen, mögen wir uns immer in erster Linie an das zurzeit Bestehende halten, natürlich auch die Möglichkeiten der Entwicklung nicht übersehen. Ob wir an die Große Koalition glauben oder nicht, wesentlich ist, daß wir den Eindruck vermeiden, als seien wir unter allen Umständen und für alle Zeiten abgeneigt, bei der Herstellung einer stabilen Regierungsmehrheit mitzuwirken. Das Zentrum wünscht heute in voller Verächtlichkeit der Stimmung in den katholischen Arbeiterkreisen die Sozialdemokratie in absehbarer Zeit zur Regierung hinzuzuziehen. Vielleicht sind seine Hoffnungen unerfüllbar, aber sie dürfen nicht an unserer Haltung scheitern. Mit anderen Worten: wir haben eine Politik zu treiben, die es den bürgerlichen

## Verordnung über den Volksentscheid

Endgültig 20. Juni

Die Reichsregierung hat beschlossen, den Volksentscheid am Sonntag, dem 20. Juni, stattfinden zu lassen.

Antlich wird dazu gemeldet: Der Reichsminister des Innern hat durch Verordnung vom 17. Mai die näheren Anordnungen für die Durchführung des Volksentscheids getroffen. Gegenstand des Volksentscheids ist die Frage, ob der im Volksbegehren verlangte, vom Reichstag abgelehnte Entwurf eines Gesetzes über die Enteignung der Fürstentümer Gesetz werden soll. Der Stimmzettel erhält eine entsprechende Frage vordruckt. Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmberedigte, der die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, das mit „Ja“ der Stimmberedigte, der sie verneinen will, das mit „Nein“ bezeichnete Bierchen durchkreuzt. Stimmlisten und Stim-

parteien sind vom 6. bis einschließlich 13. Juni auszulegen. Die Gemeindebehörden sind ermächtigt worden, die Auslegung schon früher beginnen zu lassen. — Der Wortlaut der Verordnung wird am Dienstag im Reichsanzeiger verkündet werden.

## Bravo!

Berlin, 18. Mai. (Radio.)

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird in den nächsten Tagen im Reichstag einen Gesetzentwurf einbringen, der bestimmt, daß die schwarz-weiß-rote mit einer kaum sichtbaren schwarz-rot-goldenen Gasse versehene deutsche Handelsflagge nur auf Handelschiffen geführt werden darf. Die Verordnung des Reichspräsidenten würde mit der Annahme dieses Gesetzes überflüssig. Es ist vorläufig noch eine Frage, ob die Fraktion für ihr Gesetz eine Mehrheit im Parlament erreichen wird.

Mittelparteien nicht erlaubt, sich auf uns und unsere grundsätzliche Ablehnung zu berufen, wenn sie gemeinsam, oder wenn eine von ihnen heute oder übermorgen doch wieder die Brücken zu den Deutschnationalen schlagen wollen.

### Sin bißchen viel für Marx

Der Reichstanzler hat am Montag nachmittag die Führer der Reichstagsfraktionen empfangen und sie um die Einstellung der einzelnen Parteien gegenüber seinem Kabinett gebeten. Vorläufig verwallt Marx neben der Reichstanzlei auch das Justizministerium und das Ministerium für die besetzten Gebiete. Der neueste Plan ist, das Ministerium für die besetzten Gebiete mit Dr. Bell zu besetzen, während Marx bis zu der bald erwarteten Umbildung seiner Regierung auch die Reichsjustizverwaltung zu leiten gedenkt. Er traut sich also trotz seines Alters noch sehr viel zu und das ist immerhin beachtenswert. Der Reichstanzler wird aber bei dem besten Willen nicht in der Lage sein, beide Ämter, also sowohl das der Reichstanzlei als das des Reichsjustizministeriums, so zu verwalten, wie es erwartet werden muß, wenn er sich nicht schließt mit erfahrenen und politisch einwandfreien Mitarbeitern umgibt. Auch ihm dürfte nicht unbekannt sein, daß der Staatssekretär der Reichstanzlei ein völlig deutschnational orientierter Mann ist, der bisher u. a. keine Aufgabe auch darin gesehen hat, die Verbindung der Regierung mit der deutschnationalen Reichstagsfraktion aufrechtzuerhalten. Wird dieser Zustand aufrechterhalten, dann dürfte das alte Vertrauensverhältnis der Republikaner zu dem Reichstanzler niemals wiederhergestellt werden.

Die Regierungserklärung des neuen Kabinetts dürfte am Mittwoch vor dem Reichstag abgegeben werden. Der genaue Termin wird im Einverständnis mit dem Kabinett am Dienstag vor der Plenarsitzung vom Vizepräsident festgesetzt werden.

Es ist auffallend, daß die Deutschnationalen dem Kabinett Marx gegenüber nicht sofort in Opposition treten, sondern ihre endgültige Entscheidung von der Regierungserklärung abhängig machen wollen. Mit ihrer „schärfsten Opposition“ gegen Marx ist es also nicht sehr weit her.

Die Sozialdemokratische Fraktion vertagte ihre Entscheidung über die Haltung zum Kabinett Marx auf Dienstag.

## Die Erwerbslosenfrage im Reichstag

### Weitere Verschlechterung von der Sozialdemokratie verhindert

Die Montagssitzung des Reichstages war nur von kurzer Dauer, weil den Fraktionen Zeit gelassen werden mußte, um sich mit der bevorstehenden Regierungserklärung des Kabinetts Marx zu beschäftigen. Es lagen dem Reichstag mehrere sozialdemokratische und kommunistische Anträge zugunsten der Erwerbslosen vor. Die Kommunisten fordern u. a. eine Erhöhung der Erwerbslosenrente um 50 Prozent. Da es natürlich ganz ausgeschlossen ist, daß eine solche Forderung in einem Hause mit blühender Mehrheit durchgehen kann, beantragte die Sozialdemokratie, um wenigstens eine Verhinderung der Lage der Erwerbslosen zu verhindern, daß die jetzt bestehenden Verordnungen unverändert bis Ende Juni fortbestehen sollen.

Der sozialdemokratische Abg. Frey begründete in einer Rede mit einschlägigem Material die Notlage der drei Millionen an öffentliche Unterstützung angewiesenen Erwerbslosen, und forderte, daß die jetzigen Erwerbslosensätze zu hoch seien. Als während seiner Rede bei den Rechts- und Mittelparteien die Unterhaltung zu laut wurde, unterbrach ihn Frey und verlangte, daß bei einer Verhandlung über eine so gewichtige Materie das Haus die nötige Aufmerksamkeit bewahre. Er konnte dann seine Rede unter lebhaftem Interesse der meisten Abgeordneten und unter großer Zustimmung der Sozialdemokraten beenden. Nach einer kurzen präliminären Erklärung des Reichsarbeitsministers und einer Rede des Kommunisten Räder, der wieder von diesem Reichstag nach von dieser Regierung etwas erwartet wurde, wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen. Die kommunistischen Anträge wurden dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Einige kleinere Vorlagen wurden an die zuständigen Ausschüsse gegeben. Auch ein kommunistischer Antrag auf Erhöhung der Zuschläge zum Grundlohn der Besoldungsgruppen 1-9 wurde dem Beamtenausschuss zur weiteren Beratung übergeben.

Dann wurde über den Antrag betr. Wiedereinnahme des Verfahrens gegen die Urteile des Staatsgerichtshofes noch einmal abgehandelt, wobei bei dieser Abstimmung am Sonnabend die Beschleunigung des Verfahrens im Hinblick auf den Antrag, der die Wiedereinnahme von Verfahren bei Urteilen des Staatsgerichtshofes erleichtern will, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten von allen bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Linken abgelehnt. — Nächste Sitzung: Dienstag nachmittag 2 Uhr.

## Die Völkerbundreform

### Einseitiger Beschluß der Studienkommission

Genf, 17. Mai (Sig. Draht.)

Die Studienkommission zur Vorbereitung der Neuorganisation des Völkerbundes wurde am Montag davor schließend, als einseitige Entschlüsse folgende Grundzüge dem Völkerbundrat vorzuschlagen:

1. Die nichtständigen Mitglieder des Rates werden auf die Dauer von drei Jahren gemindert; jedes Jahr wird ein Drittel neu gewählt. Die Mitglieder dienen ihr Amt sofort nach ihrer Wahl an.

2. Ein ausstehendes Mitglied kann während der folgenden drei Jahre nicht wiedergewählt werden, sofern die Bundesversammlung nicht mit einer Mehrheit von zwei Dritteln anders beschließt. Die Zahl der von der Bundesversammlung wiedergewählten Mitglieder darf nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der nichtständigen Mitglieder ausmachen.

3. Die Bundesversammlung kann jederzeit mit Zweidrittelmehrheit eine Neuwahl aller nichtständigen Mitglieder beschließen.

4. Die Zahl der gewählten Mitglieder wird auf zehn erhöht. 5. In der nächsten Bundesversammlung werden sofort zehn Mitglieder gewählt, je drei auf die Dauer von drei, zwei und einem Jahr.

Bei dieser Entscheidung enthielten sich die Vertreter Spaniens und der Vertreter Spaniens der Stimme. Der schwedische Delegierte machte noch einmal den Vorbehalt geltend, daß Schweden sich nie vor gegen eine Erhöhung der nichtständigen Kommissarien im

Am Schluß erwiderte er noch eine längere Ansprache über den Krieg gegen die Araber und den anderen nichteuropäischen und nichtamerikanischen Ländern wenigstens je zwei nichtständige Kommissarien garantiert werden sollen. Nachdem der italienische Vertreter drei Tage geglaubt hat, einigte man sich auf die Forderung, daß Italien eine angemessene Repräsentation im Völkerbund erhalten soll, wobei der Anspruch Chinas ausdrücklich genannt ist. Die nächste Sitzung der Kommission wurde auf den 2. Juni angesetzt. Der Bericht der Kommission wird am 2. Juni in Genf veröffentlicht. Die Regierung der Kommission wird es sehr wahrscheinlich, daß die Kommission erst lang vor dem

# Putschdebatte im preussischen Landtag

## Braun quetscht die Spießgesellen der Putschisten an die Wand

Berlin, 17. Mai.

Die am Montag begonnene Aussprache des Preussischen Landtages über die hochverräterischen Umtriebe der Reichstribunale brachte eine scharfe Abrechnung des Ministerpräsidenten Braun mit den Rechtsparteien.

Die Aussprache begann mit der vom Vizepräsidenten Dr. Porsch abgegebenen, in ihrer Schärfe und Bestimmtheit bemerkenswerten

### Erklärung des Zentrums über die Putschgefahr.

Wenn auch ein Endurteil über die Putschvorbereitungen zurzeit noch nicht möglich ist, so ist es nach Auffassung der Zentrumsfraktion Pflicht der Staatsregierung, mit größter Aufmerksamkeit darüber zu wachen, daß nichts geschieht, was den bestehenden Staat in seinem Bestand irgendwie gefährden könnte. Der neue Staat, so betont die Erklärung, hat leider keine Veranlassung, in dieser Hinsicht weniger behutsam zu sein, als es der alte gewesen ist. Es sind Dinge genug vorgekommen, die äußerste Wachsamkeit gebieten. Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes steht zur Demokratie, und zu dieser überwältigenden Mehrheit gehört auch die Zentrumspartei. Deshalb erwartet die Zentrumsfraktion von der Staatsregierung, daß sie zur Sicherstellung der Verfassung und zur Verteidigung der republikanischen Staatsform unablässig auf dem Posten ist. (Lebh. Beif. in der Mitte.)

Die Deutsche Volkspartei ließ durch den Abg. Eichhoff erklären, die Fraktion begrüße es, wenn die Regierung gegen Putschpläne von rechts oder von links vorgehe, aber ein solches Vorgehen dürfe nicht leichtfertig in die Rechte der Staatsbürger eingreifen. Die Aktion der Regierung ermede den Eindruck, als handle es sich bei ihr um innerpolitische Gründe, um einen Versuch der Einwirkung auf die politische Entwicklung im Reich. Gegen die Behandlung der zur Volkspartei gehörenden Herren Böglers, Wittich und W. erhebe die Fraktion auf nachdrücklichste Einspruch; sie verlange, daß diesen Persönlichkeiten Genugtuung zuteil werde.

### Ministerpräsident Braun

beginnt mit der Verlesung eines Zeitungszitats, das die Putschmeldungen als Geispenliteratur abtun und sich bemüht, die Rechte auf die Verlesung des Zitats fortwährend zurückzuführen. „Sehr richtig!“ Der Ministerpräsident quittiert dieses „Sehr richtig!“ mit der Frage: „Wissen Sie auch, wer das geschrieben hat? Berliner Lokalanzeiger — am 13. März 1920!“ (Stürmische Heiterkeit im Hause.) Als der Artikel des Lokalanzeigers, fährt der Ministerpräsident fort, in die Hände des Publikums kam,

da schwentete die Kuppel bereits in den Lüften ein und trafen Herrn Ludendorff, der bekanntlich damals zufällig dort spazieren ging, (Neuer Heiterkeitssturm auf der Linken.)

Genau wie damals, so redet heute die Reichspresse von Geispenliteratur und von Ammenmärchen. Selbst wenn es sich bei den Putschvorbereitungen nur um das Treiben von Hantoißen handeln würde — leider ist dem nicht so! — dann hätte die Polizei die Pflicht, diese Dinge ernst zu nehmen. (Zuruf rechts: Und die Kommunisten?)

Die Rechtsradikalen sprechen nur deshalb von einem Einspruch, weil sie mit diesem Gerücht ihr Streben nach einer Rechtsdiktatur verbergen wollen.

Die rechtsradikalen Verbände werden als harmlos hingestellt. Sie sind es nicht. Sie sind zum Teil bewaffnet. Sie halten Schießübungen ab und bereiten Pläne vor, die direkt auf den Umsturz hinauslaufen, auf „die große Auseinandersetzung mit den Novemberverbrechern von 1918“, wie es wörtlich in einem der Anmarschpläne heißt. Man will, wenn es nicht anders geht, einen Einspruch provozieren, bei der Niederschlagung dieses Putsches aber nicht stehen bleiben, sondern zur Befestigung der parlamentarischen Verfassung schreiten. Der Reichspräsident soll dazu gezwungen werden, auf Grund des Artikels 48 die notwendige Gewalt in die Hände des Militärs zu legen. Zum Beleg dafür teilt der Ministerpräsident aus einem bei den Hochverrätern beschlagnahmten Brief folgende bezeichnende Stelle mit:

„Es mag alles geschehen, um den Herrn Reichspräsidenten für die Anwendung dieses Artikels zu gewinnen. Der Reichspräsident muß davon unterrichtet werden, daß nur eine brauchbare Diktatur charaktervoller Persönlichkeiten (Lebh. Sehr richtig! h. Deutsches Volk!) mit dem Parlamentarismus Schluss machen kann. Schriftlich kann ich mich nicht näher äußern. Aber Ihre Tätigkeit dürfen sich darauf verlassen, daß alles in unserer Macht Stehende geschieht, den Herrn Reichspräsidenten von der Nichtigkeit dieses Schrittes zu überzeugen.“

Am Schluß weist der Ministerpräsident darauf hin, daß die Hausungen vielfach deshalb nicht alles Material zutage fördert, weil die betroffenen Herren zum Teil vorher bereits unterrichtet waren. Einer hat bei der Hausung erklärt:

„Ich habe die Sachen, die die Polizei nicht sehen soll, bereits auf die Seite geschafft.“

Die Vorgänge, kündigt der Ministerpräsident, sind durchaus nicht harmlos.

Septembertagung oder während dieser die zweite Lesung ihrer Sachverhalte vornehmen wird.

Der Vorsitzende Motta schloß die Tagung mit einer kurzen Rede, in der er der Genugtuung über das Ergebnis der Arbeiten der Kommission Ausdruck gab.

## Die polnische Revolution

### Parole: Arbeiter- und Bauernregierung

Warschau, 17. Mai (Sig. Draht.)

Die Kämpfe zwischen den Truppen Piłsudskis und der vergangenen Regierung Wilkos am Freitag und Sonnabend voriger Woche haben insgesamt gegen 300 Menschen das Leben gekostet, während rund 1000 Verletzte in den Krankenhäusern und in Privatspitalspflege sind. Ein sehr großer Teil dieser Opfer sind Zivilisten, die aus Angst und trotz aller Warnungen in den Bereich des Feindes geradezu gedrängt wurden. Im übrigen aber muß hervorgehoben werden, daß während dieser Kämpfe im Innern einer Großstadt auch nicht die geringste Ausbreitung gegen das Eigentum vorgekommen ist. Am Montag wurden die Toten unter militärischen Ehren beigesetzt und alle, ob Militär oder Zivil, in einem gemeinsamen Massengrab beigesetzt.

Die polnischen Sozialisten, die ein Angebot der Kommunisten auf Errichtung einer Sowjetregierung sofort bei Beginn der Kämpfe zurückgewiesen haben, wünschen die Auflösung des Parlaments, da dieses eine demokratische Regierung nicht hat und somit die Forderungen der Sozialisten und des „Arbeiterbundes“, der Partner des Ministerpräsidenten Siedel, auf Durchführung der Verfassung, nationale Autonomie für die gekümmerten wachsenden Kinderheimstätten, scharfe Steuerpolitik usw. vom jetzigen Parlament kann

Die Regierung wird deshalb alle Nachmittel anwenden, um hochverräterische Unternehmungen niederzurufen.

(Beifall links und in der Mitte, stürmischer Protest rechts.)

Die Deutschnationalen gaben anscheinend das Spiel bereits verloren; denn sie schieden den Abg. Steinhoff vor, dessen Rede so leer und inhaltslos war, das Heilmann (Soj.), der nach ihm zu Wort kam, sie einfach übergehen konnte. Heilmann machte zu Beginn seiner Ausführungen zunächst die Kommunisten auf ihre sinnlose Taktik aufmerksam, durch Gegendemonstrationen den nationalistischen Kundgebungen oft zu einer Bedeutung zu verhelfen, die sie garnicht haben. Hätte der Berliner Polizeipräsident die kommunistischen Gegendemonstrationen nicht verboten, dann hätten wir heute eine Debatte nicht über die hochverräterischen Umtriebe, sondern über die Schuld am Blutvergießen in den Straßen Berlins. (Sehr richtig! bei den Soj.)

Worum handelt es sich bei den hochverräterischen Umtrieben? Nicht um Ammenmärchen, nicht um bloße Einlegungen nationaler Redner, sondern um durchaus ernste Dinge. Die Rechte beanspruchte das Vorgehen der Polizei. Wenn die Polizei nur sogenannten sicheren Beweisen nachgehen wollte, dann hätte sie nie ein Verbrechen entdeckt. Das beschlagene Material zeigt für jeden, der sehen kann, daß ein ernsthafter Plan zum Hochverrat vorliegt. Wenn bei einem Munitionsfund der von der Polizei über den Verbleib der Gewehre befragte Hauptmann A. D. Seidel erklärt, er verweigere jede Auskunft, weil er nur der Reichswehr unterstellt sei, so ist das nicht mehr harmlos. Genau betrachtet, handelt es sich nicht um die Vorbereitung eines Putsches, sondern um den Umsturz der republikanischen Verfassung. Kein Geringerer als Ehrhardt hat festgelegt, daß heute in Deutschland weder für die Rechte noch für die Kommunisten Putschmöglichkeiten bestehen. Schon die wirtschaftliche Lage verbietet den Putsch. Damit ist festgelegt, daß das Gerücht der Rechtsradikalen von einem Kommunistenputsch bewußt wachheitwidrig ist. Mit dem Putsch geht es nicht, aber auch nicht auf parlamentarischen Wege. Die Rechtsradikalen brauchen deshalb die völlige Diktatur, die mit Hilfe des Artikels 48 errichtet werden soll. Wenn nicht mit Unterstützung Hindenburgs, dann gegen ihn. Jedenfalls werden Versuche gemacht, den Reichspräsidenten zum Verfassungsbruch zu veranlassen.

Der Plan der Hochverräter geht aus einem Protokoll über eine Führersbesprechung hervor, die am 11. März 1926 in Berlin im Hause Kleiststraße 32, wo der Nationalverband deutscher Offiziere sein Heim hat, stattfand. Die Einladung zu der Besprechung ging von dem Obersten v. Lud aus. Auf der Einladung ist ausdrücklich bemerkt: „Keinen Begleiter mitbringen, und keinen Vertreter schicken, da nur die Führer selbst teilnehmen sollen.“ Zu den Erschienenen gehörten neben den Vertretern des Jungdeutschen Lebens, des „Werkstoff“ usw. auch Major von Sodenstern, der Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“. Lud erklärte den Herren, es handle sich um die Wahl eines Führers für militärische Maßnahmen zur Abwehr des bekannten kommunistischen Oberst Friedrichs, der Führer der Vaterländischen Verbände, hätte bereits einen Führer; dieser siehe jedoch noch außerhalb der Bewegung, und sein Name könne nach nicht genannt werden. Ich verwehre nicht, betonte Heilmann, warum man nicht den Namen des Generals von Lüttich nennen wollte (Heiterkeit). Die Beschlüsse wählte einstimmig als Führer den Obersten von Lud, und dieser erklärte, daß er bereits mit den zuständigen Reichswehrstellen die notwendigen Vereinbarungen getroffen habe. Das Zusammenarbeiten mit der Reichswehr müsse aber in verdeckter Form erfolgen. Darauf lege die Reichswehr selbst den größten Wert. Bescheidend an dieser Führersbesprechung ist die Idee, die für den Umsturz notwendigen Unruhen dadurch zu schaffen, daß Massen von Arbeitern auf die Straße gemorren werden. Wörtlich heißt es in dem Protokoll:

„Falls die Unruhen sich nicht von selbst einstellen, müssen sie eben mit allen Mitteln künstlich provoziert werden. Die Großindustrie muß veranlaßt werden, im gegebenen Moment möglichst große Arbeitermassen auf die Straße zu werfen.“

(Lebh. Hört! hört!) Oberst von Lud erklärte seine Uebereinstimmung mit diesen Ausführungen Sodensterns und versprach, diese Gedankengänge den zuständigen Reichswehrstellen zu unterbreiten. Damit kommen wir zur Frage: Wo steht die Reichswehr? Geht und Seht mögen zuverlässig sein. Über die unteren Kommandostellen? Zwischen diesen und Teilen der Wehrverbände besteht ein planmäßiges Zusammenarbeiten. Der Mittelsmann zwischen Verbänden und Reichswehr ist in Berlin Major von Lüttich-Stranberg, der auf privaten Dienstvertrag bei der Reichswehr angestellt ist. Er bildet Hundertschaften von den Wehrverbänden in Wünsdorf für die Hochverratsarmee aus. Wie eng das Band zwischen den Verbänden und der Reichswehr geknüpft ist, zeigt die Tatsache,

daß kein Mensch bei der Reichswehr angestellt wird, über den nicht ein ausführliches Gutachten der völkischen Verbänden vorliegt.

(Hört, hört!) Gegenüber all diesen bedenklichen Vorgängen, schließt Heilmann, wäre es eine Pflichtvergeßlichkeit, wenn die Regierung nicht zugreifen würde. Wir danken der Regierung, daß sie mit Energie den hochverräterischen Bestrebungen entgegengetreten ist. (Beifall links, Zischen und Tumult rechts.) — Dienstag Weiterberatung.

beschlüssen werden dürften. Die Verfassung bestimmt jedoch, daß der gegenwärtige Sejm, der das erste Abgeordnetenhaus der polnischen Republik ist, vor Ablauf seiner Wahlperiode nur durch eigenen Mehrheitsbeschluß aufgelöst werden kann; die Wahlperiode läuft jedoch erst in etwa 1½ Jahren ab. Man berät eifrig darüber, wie trotzdem die Auflösung herbeigeführt werden könnte.

Die Neuwahl des Staatspräsidenten hat die Nationalversammlung vorzunehmen, d. h. Sejm und Senat in gemeinsamer Versammlung. Die Mehrheit dieser Versammlung würde an sich ebenfalls nicht als fortsetzliche zu bezeichnen sein. Trotzdem aber ist die Linken darin ziemlich einig, daß die Neuwahl des Präsidenten der Republik alsbald und auf die vorgeschriebene Art erfolgen müsse.

Die polnische Reaktionäre haben einen Beschluß gefaßt, daß die Nationalversammlung nicht in Warschau tagen dürfe. Aber da Warschau die geschichtliche Hauptstadt Polens ist, wird die Nationalversammlung eben in Warschau tagen und wenn das nicht paßt, der wird fern bleiben können. Die zwischen Polen und Warschau stehenden polnischen Truppen sind nach hierher gelangten Meldungen bereits nach Polen zurück unterwegs. Jemande Kandidatur für die Stelle des Präsidenten der Republik ist bis jetzt nicht bekannt.

Die polnischen Sozialisten und auch die linken Bauernparteien sowie andere sozialistische und demokratische Gruppen stellen als Ziel der Umwälzung, die sie als eine demokratische Revolution bezeichnen, die Bildung einer Regierung der Arbeiter und Bauern dar, jedoch nicht etwa in Sowjetform, sondern als das Ergebnis maßgebender Beteiligung der Arbeiter- und Bauernparteien in diesem Staate, der außer Arbeiter und Bauern nur eine schwache Bourgeoisie und darüber jene Schicht von Großgrundbesitzern hat, der ein moralisches Verbot auf Vorkaufsrecht nicht zugebilligt werden kann.

Die polnischen Sozialisten und auch die linken Bauernparteien sowie andere sozialistische und demokratische Gruppen stellen als Ziel der Umwälzung, die sie als eine demokratische Revolution bezeichnen, die Bildung einer Regierung der Arbeiter und Bauern dar, jedoch nicht etwa in Sowjetform, sondern als das Ergebnis maßgebender Beteiligung der Arbeiter- und Bauernparteien in diesem Staate, der außer Arbeiter und Bauern nur eine schwache Bourgeoisie und darüber jene Schicht von Großgrundbesitzern hat, der ein moralisches Verbot auf Vorkaufsrecht nicht zugebilligt werden kann.

# Die Aufwertungsfrage

Von Wilhelm Reil, M. d. R.

Eine der übelsten Erbschaften, die Reichkanzler Luther seinem Nachfolger hinterlassen hat, ist der Entwurf eines zweiten Gesetzes über den Volkswert. Mit dieser Vorlage bezweckte er nicht mehr und nicht weniger als die gesetzliche Unterbindung des von den Sparereorganisationen eingeleiteten Volksbegehrens zur Aenderung der Aufwertungsgeetze. Der Gesetzentwurf bestimmt in seinem Artikel 1, daß alle Gesetze im Sinne des Artikels 73 Absatz 3 der Reichsverfassung auch Gesetze gelten, die die Folgen der Geldentwertung für vor dem 14. Februar 1924 begründete Rechtsverhältnisse regeln. Damit sollen die Aufwertungsgeetze ebenso wie der Reichshaushaltsplan, die Abgabengesetze und Befehlsordnungen der Volksinitiative entzogen werden.

Den unmittelbaren Anlaß zu diesem Vorgehen hatte die bereits am 27. April bei dem Reichsministerium des Innern erfolgte Einreichung des Antrages des Sparerbundes auf Einleitung des Volksbegehrens gegeben. Der Sparerbund ist die Organisation der Gläubiger und Sparere Deutschlands, die vom Reichstagsabgeordneten Dr. Best, dem ehemaligen hessischen Oberlandesgerichtspräsidenten, geführt wird. Neben ihm hat eine Arbeitsgemeinschaft, die eine Reihe von kleinen Organisationen meist lokaler Art umfaßt, einen Gesetzentwurf vorbereitet, der gleichfalls den Gegenstand eines Volksbegehrens bilden soll. Die Forderungen des Sparerbundes und die der Arbeitsgemeinschaft unterscheiden sich, kurz gesagt, darin, daß der erste grundsätzlich eine 50prozentige Aufwertung sowohl der privatrechtlichen Schuldtitel (Hypotheken usw.) als auch der öffentlich-rechtlichen Ansprüche (Anleihen) verlangt, während die Arbeitsgemeinschaft aufs Ganze geht und grundsätzlich 100 % beansprucht, wovon nur dann ein Nachlaß gewährt werden soll, wenn bei dem Schuldner nichts oder nicht alles zu holen ist.

Die Gläubiger- und Sparerverbände sind also vortrefflich für den Kampf getrennt für zwei verschiedene Entwürfe, so sind die Aussichten auf Erfolg für keine der beiden Richtungen sehr günstig. Wenn trotzdem der bisherige Reichkanzler und der Reichswirtschaftsminister Curtius glaubten, mit dem schweren Gefühl eines verfassungsändernden Gesetzes gegen diese Bewegung zu Felde ziehen zu müssen, so ist daraus zu schließen, wie sehr ihnen die 12 1/2 Millionen Unterschriften bei dem Volksbegehren für die Fürstenernteigung in die Wiegen gefahren sind. Über es war vom Standpunkt der Herren Luther und Curtius aus sehr unklug, den beschrittenen Weg einzuschlagen. Erstens ist es höchst zweifelhaft, ob im Reichstag die notwendige Zweidrittelmehrheit für den Gesetzentwurf zustandekommt, und zweitens hat der Vorstoß der Regierung gegen das geplante Volksbegehren das Gegenteil von dem erstrebten Zweck erreicht. In die Sparereorganisationen ist durch den Versuch Luthers, das Volksbegehren zu unterbinden, neues Leben hineingetragen worden. Im ganzen Reich haben in den letzten Wochen Versammlungen der Sparere und Gläubiger stattgefunden, die mit großer Schärfe gegen den Lutherischen Plan protestierten und erklärten, daß nun erst recht der Volkswert über die Revision der Aufwertungsgeetze durchgeführt werde. Mit bitterem Hohn wurde in diesen Versammlungen und in den von ihnen gefassten Resolutionen auf den krassen Widerspruch hingewiesen, der zwischen dem Verhalten der Regierung und der bürgerlichen Parteien, namentlich der Deutschen Nationalen, in der Frage der Fürstenernteigung bzw. der Aufwertung bestehe. Das Eigentum der Fürsten werde als geheiligt und unantastbar betrachtet, die große Masse der Rentner und Sparere habe man aber rückwärts durch Reichsgesetz enteignet.

Die neue Regierung steht jetzt vor der Frage, ob sie über den vom Kabinett Luther eingebrachten Gesetzentwurf eine Entscheidung des Reichstages herbeiführen oder ob sie ihn zurückziehen will. Wenn auch eine bestimmte Stellungnahme zu dieser Vorlage noch von keiner Fraktion des Reichstages erfolgt ist, und

obgleich ihr der Reichstag fast einstimmig zugestimmt hat, so kann gesagt werden, daß ihre Aussichten sehr ungünstig sind. Zwar hat der Deutsche Landwirtschaftsrat und ebenso der Reichsverband der Deutschen Industrie sich bereits mit allem Nachdruck gegen jede Wiederaufrufung der Aufwertungsfrage ausgesprochen. Die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei als die Vertreterinnen dieser mächtigen Interessengruppen haben es aber bisher nicht gewagt, offen an die Seite der Regierung zu treten, weil ihre Aufwertungspolitik des Vorjahres in den weiten Kreisen der Reichsrentner geradezu verheerend gewirkt hat. Immerhin kann man schon aus der Erklärung, die der deutschnationale Abgeordnete Dr. Philipp am 28. März ds. Js. im Reichstag abgegeben hat, daß seine Fraktion nicht die Absicht habe, das Volksbegehren in der Aufwertungsfrage zu unterstützen und auch nicht daran denke, das Aufwertungsproblem im ganzen wieder aufzurollen, auf das Verhalten der Deutschnationalen Fraktion schließen. Die Deutschnationalen, an deren Widerstand im Juli 1925 der Versuch scheiterte, im letzten Augenblick den Aufwertungsakt für Invalide noch um 5 oder 10 % zu erhöhen, werden sich auch jetzt gegen eine Mehrbelastung der Inflationsgewinner wehren. Ebenso die Deutsche Volkspartei. Beide Parteien aber werden ihre Sorge um die Interessen der reichen Schuldner nach außen hin möglichst zu verbergen suchen. Bei dem Zentrum und den Demokraten sind die Meinungen geteilt. Die einen glauben, daß mindestens die Frage der Aufwertung der privaten Schulden mit dem Reichshaushalt und den Steuergeboten nicht das geringste zu tun habe und deshalb dem Volkswert nicht entgegen werden dürfe. Die anderen sagen, mit Rücksicht auf die Wiebegründung des wirtschaftlichen Lebens verziele es sich, durch eine Aenderung der Aufwertungsgeetze neue Beunruhigung hervorzurufen.

Die sozialdemokratische Fraktion wird sich wie bisher auch in Zukunft von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen. Das verfassungsmäßig verbriefte Recht des Volksbegehrens darf nicht eingeschränkt werden; die stabile Währung und der Haushalt des Reiches dürfen nicht ins Schwanken geraten; die Aufwertung darf nicht zu einer Mehrbelastung der beschaffungslosen Volkswirtschaften führen, zu denen ja die enteigneten Sparere selbst gehören. Man kann sich vorstellen, daß unter Wahrung dieser Gesichtspunkte auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung die kräftigsten Härten der Aufwertungsgeetze beseitigt werden. Wenn sich hierdurch die beiden Volksbegehren vermeiden ließen, so würden den Sparereorganisationen viel Mühe und Geld erspart, die vielleicht unnütz aufgemacht werden, und die Reichsfinanzen und die private Wirtschaft würden vor Erschütterungen bewahrt. Es ist aber sehr fraglich, ob im Reichstag ein solcher Vorschlag Anklang findet.

## Wozu die Reichsbahn Geld hat

Es ist bekannt, daß die Reichsbahn wegen einer Lohnzulage von einem Pfennig pro Stunde, den sie nicht zahlen zu können behauptet, einen Konflikt heraufbeschworen hat, wie er in der Gewerkschaftsgeschichte einzig dasteht. Auf der anderen Seite dagegen hat die Reichsbahn Gesellschaft Millionen über Millionen Mark zur Verfügung, die sie als Korruptionszulagen für „Bahnklub“, Technische Reichsanstalt, für Sport- und Spielclubs usw. zum Fenster hinauswirft. Neuerdings wird ein Vorgang bekannt, der einer genaueren Untersuchung bedarf. Die Hauptverwaltung stellt den höheren Beamten im Reich ein außerordentlich teure mehrjährige Radioapparate zur Verfügung und läßt auch dazu gehörige, auffallend solide gebaute Hochantennen-einrichtungen auf ihre Kosten ausführen. Eine offizielle Stelle, die sich bei einem Reichsbahnpräsidenten nach dem Zwecke dieser auffallenden und unnützen Ausgaben erkundigte, erhielt von demselben folgende Auskunft:

„Die Radioanlagen, welche auf Kosten der Verwaltung hergestellt werden, sind den Beamten nicht etwa für Unterhaltungszwecke zur Verfügung gestellt worden, sondern sollen dazu dienen, um in gefährlicher Lage die höheren Eisenbahnbeamten ohne Ver-

mittlung über den Funkapparat in Verbindung zu setzen, damit sie sofort und Telefon können bei solch gefährlichen Lagen längst gefordert sein.“

Man muß sich wirklich fragen, was sich die Reichsbahnverwaltung bei solchen Dingen eigentlich denkt? Bildet sie sich etwa ein, daß jahraus, jahrein, Tag und Nacht ein Horchposten der höheren Beamten am Komparatapparat sitzt, um die Mobilisierung der höchsten Reichsbahnstellen in Empfang zu nehmen? Glaubt die Reichsbahnverwaltung weiter, daß ihre Mobilisierung nur von ihren höheren Beamten aufgefangan wird und nicht auch von vielen Tausenden der übrigen Radiohörer? Wer bezahlt diesen höheren Beamten die postallischen Gebühren?

Bereitet die Hauptverwaltung der Reichsbahn durch ihre Personalpolitik etwa einen Putsch vor, um ihn dann mit den üblichen Manieren des Scharmachierums niederzuschlagen zu können, oder bereitet sie sich direkt zum nächsten politischen Putsch vor?

Ein weiterer Vorgang dürfte die Deffentlichkeit auch stark interessieren: In der Eisenbahnhauptwerkstatt Opladen wird für den Höchstkommandierenden der Reichsbahn ein hübsch ausgestatteter Brunnenwagen gebaut, an welchem mit Hochdruck gearbeitet werden muß. Er soll nämlich bis zur Hochzeit von Herrn Defers Tochter fertig werden, da das junge Paar ihn einweihen soll. Die Innendekoration des Wagens wird von der Firma Ph. Treubenberg in Elberfeld geliefert.

Man sieht aus alledem, daß die Reichsbahn noch ungezählte Gelder zur Verfügung hat, die sie besser zur menschenwürdigen Bezahlung ihres Personals und zur Senkung ihrer überaus hohen Tarife verwenden könnte.

## Wenn . . .

Gespräche am Brandenburger Tor, früh um halb sechs.

I.  
— Guten Morgen, Herr Neumann.  
— Guten Morgen, Herr C.  
— Pst! — Schönes Wetter heute, so richtig zum Spazieren gehen.  
— Jetzt wird der Konjul wohl in Steglitz sein.

II.  
— Wer geht denn dort immer auf und ab? Sehen Sie, jetzt guckt er her.  
— Ein älterer korrupter Herr kommt hinzu.  
— Aber, Herr Lu . . .  
— Ja, wo kommen Sie denn jetzt her?  
— Hört mal, Leute, das ist aber gar nicht schön, daß Ihr mir nichts gesagt habt.  
— Bitte, lieber Herr, gehen Sie ein paar Schritt weiter. Ihre Anwesenheit bedeutet Unglück.  
— Was wollen Sie, meine Herren, ich mache hier meinen gewohnten Morgen Spaziergang.  
— Gehen Sie, in Dreiteilsnamen! Wir werden alle eingebuchtet, wenn man Sie hier sieht . . .

III.  
— Ein kleiner brünetter Herr steht plötzlich mitten in der Gruppe.  
— Servus. Sie kennen mich wohl nicht mehr . . . Treibisch-Lincoln. Anbiete mich für sachmännliche Beratung in Amtierungsmanövern jeder Art.  
— Woher wissen Sie denn was?  
— Na, lomas spricht sich doch rum.  
— Bedenke sehr. Keinen Bedarf. Wir machen unseren Putsch allein.  
— Also nix zu machen. — Ich gehe frühstücken. Wenn Sie mich etwa brauchen, hier ist meine Telefonnummer.

IV.  
— Wer kommt denn da so schnell gelaufen? Das ist doch unser Freund aus Koblenz.  
— Ein Herr mit dem Lokalanzeiger unterm Arm kommt in großer Aufregung.  
— Nach Hause, meine Herren, schnell. Es hat wieder nicht geklappt. . . Der Konjul ist schon im Flugzeug . . .  
— Ich jähre nach Lübeck zurück.  
— Ich jähre zur Kur nach Rellingen.  
— Ich jähre in meine Immunität. — Oh, die verfluchte Polizei! Die einzigen Leute, auf die man sich noch verlassen kann, sind meine jüdischen Redakteure . . .

V.  
— Der korrupte Ältere Herr bleibt allein und wirft einen triumphierenden Siegesblick über den leeren Platz.  
(Aus dem M. M.)

## Jungfer Mutter

Eine Wiener Vorstadtschichte von A. d. Christen  
(18. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Sie ist eine ehrbare Frau, hatte der Advokat gesagt, und daß sie dreißig Gulden Monatsgehalt bei der Madame Margot hat, daß sie dort nur mit Damen verkehren muß, gar keinen Mann zu sehen bekomme, daß sie sehr sparsam und allein lebe und sonst keinen Wunsch habe, als von ihrem Manne loszukommen.

„Bin ich ein miserabler Lump!“ sagte er ingrimmig, „hab' ich das arme Weib so unglücklich gemacht, so beschimpft und geschlagen . . .“

Er ließ seine Augen langsam von einem Gegenstand zum andern gehen; das alles, was für ihn so großen Wert hatte, das sie Stück um Stück so oft berührt hatte, das stand da auf demselben Fleck, sie aber war auf und davon, nichts hatte sie zurückgelassen können, nicht die Gewohnheit, die alle Leute rühmte, da in ihrem Winkel, nicht das kranke Kind, das ihrem eigenen Leib entsprossen, nicht er, der alles für sie tat und lieb, seit sie zueinander gehörten, nichts, gar nichts hatte Macht gehabt über das wortfarge, gebantenschwe Weib . . . Und sie sei in ihrem Rechte, hatte der studierte Herr gesagt? . . . Wenn dem Advokaten, der jetzt da bei ihm saß, inzwischen daheim sein eigenes Weib davonlässe, würde er auch diesem das Recht zusprechen? Gewiß nicht, weil . . . weil er zwei Arme hat . . . mit dem Krüppel durften sie alle umspringen wie sie wollten.

Mit solchen Gedanken schlug sich der Leopold herum, und wahrlich nicht zu seinem Heil. Manchmal schief er die langen Tage vor Erschöpfung und die Nächte schrie und jammerte er im Fieber. Wie die Zeit hinrannte, wußte er sich nicht zu lagern, nur ab und zu fragte er einen Kameraden, der nachsehen kam: „Was ist heut für ein Tag?“; und dennoch rechnete er, sobald er zeitweilig heller denken konnte.

Jetzt aber wußte er bestimmt, daß er sechs Wochen schon da auf ein und derselben Stelle lag; er hatte gehört, wie draußen die alte Walter ihre Tochter abanzelte; er hatte sich angestrengt, ihre Worte zu vernehmen, aber von dem langen, derben Gerede war nichts in seinem Kopfe haften geblieben als die sechs Wochen.

„So lang!“ faufte er, „sechs Wochen hab ich sie nicht gesehen. Weiß sie denn nicht, wie elend es mir geht?“

Sie wußte es wohl, daß er krank dalag; ein leichter Schlaganfall, das sei vom Trinken gekommen, sagte der Arzt, bei dem Madame Margot anfragen ließ.

Die Weiber in der „Blauen Gans“ fanden auch diese Krankheit natürlich und stellten sie ihren Männern als abjehrendes

Beispiel hin. Der Leopold war eben an jenem Unglückstage bis nach Mitternacht droben in der verschärzten Kneipe gewesen, hatte getrunken, und die Strohkneipe-Maria hatte ihn um den Hals gehabt; das hat die Laternanzünderin, die nach ihrem Mann auf die Suche ging, durch das Wirtshausfenster alles zerpöpst.

„Der Einarmige hat auch meinen armen Mann unter das Gestrüß geschleudert.“ schluchzte sie, sobald auf dieses Ereignis hingewiesen wurde.

„Na ja, daß einen da unser Herrgott strafft, daß einen wenigstens der Schlag trifft, ist doch ganz natürlich“, sagte gewichtig die Frau Walter.

Somit war das Anklid des Weib-Leopold zurechtgelegt und der Lene ein Stein in das Brett geschoben.

Im Anfang der Krankheit hatte noch sie und da eine der Frauen die Hanne auf einige Stunden vom Nachtwachen abgesehlt, als aber das Kind ganz außer Gefahr war, hatten sie die Pflege des Vaters dem jungen Mädchen allein überlassen, und je mehr sich die gute Stimmung der Lene zuwandte, desto weniger kümmerten sich die Nachbarinnen um die Krankenstube, an welcher sie tagsüber doch so oft vorbeigehen mußten. Alles das währte nun gerade sechs Wochen.

„Also sechs Wochen!“ sagte der Leopold sehr laut, als die Hanne in die Stube trat, „das ist recht lang“. Haft du die ganze Zeit nichts von . . . von meinem Weib gehört?“

„Gar nichts“, erwiderte das Mädchen und setzte sich verstört an das Fenster.

„Wist mü?“ „Ich glaub es dir.“ In dem Gesicht des Kranken begannen die Musteln zu zucken. „Du, Lene! . . . ah! Hanne wollt ich sagen, deine Alte kann wild sein . . . morgen ist ich auf . . . morgen.“

Die Hanne wendete sich erschrocken um und murmelte etwas, dann erhob sie sich und sagte langsam: „Das muß dir erst der Herr Doktor erlauben.“

„Ich halte es aber so nimmermehr aus, ich muß schauen, daß ich wieder zu meinem Straßendienst komme . . . sechs Wochen! . . . Du, da wird bald Schmalhans der Kuchelmeister.“

„Es reicht schon noch eine Weile mit deinem Ersparter“, sagte das Mädchen verlegen.

„Freilich, das Geld hat sie uns ja im Haus gelassen. Sonst hätte sie sie doch geholt.“

„Leopold! Kannst du sie denn keinen Augenblick vergessen, denkst du denn alleweil und alleweil nur an die Davongelaufene?“ fragte die Hanne mit ätzender Stimme.

„Aufgeschaut! . . . sie ist eine ehrbare Frau, hat der Herr Advokat gesagt. Ruht niemals so eine ehrbare Frau werden, Madel!“

„Ich — dummes Zeug!“ Die Hanne drehte sich jäh um und nahm wieder ihre Arbeit auf; nach einer Weile pochte der

blanke Fingerring gleichmäßig und sink an die flimmernde Metallplatte.

Seit kurzer Zeit konnte es der Leopold schon ertragen, daß sie in der Stube nähte; früher war sie draußen in der Küche gewesen, recht nahe an der Tür, die nach dem Hofe führte, so daß ein schwacher Lichtschein durch das Guckloch gerade auf ihre Maschine fiel. Das war ein mühseliges Arbeiten gewesen, und mit geschwächten Augen schaute sie jetzt auf das schmerzhaftende Arbeitszeug.

„Es hilft alles nichts, ich muß morgen aufstehen. Mußt mich halt auf die Straße führen, wenn ich nicht allein gehen kann“, begann der Kranke und ließ seine abgemagerten Füße über den Bettrand hängen. Lene kam verneigte er alsdann den Körper nachzuschieben, und dazwischen lachte er und machte sich lustig über seine Schwäche.

Die Hanne schaute nicht nach ihm um; die Späße, die er machte, taten ihr weh. Sie verstand die Bitterkeit dieser Selbstbespottung nicht, sie dachte nur, wie kann so ein kranker, unglücklicher Mensch lustig sein? Manchmal schon wäre sie selbst gern aus seiner Stube gelaufen, hinüber in ihre stille Kammer; es war ihr oft, als ob sie da erstickend mühte in der Nähe des fieberhaften Mannes, aber was sollte dann aus dem Kinde und ihm werden? Auch jetzt war wieder die schmerzliche, qualende Ungebuld über sie gekommen, zum erstenmal im Leben hatte sie das Gefühl, als müße sie sich mit einem starken Handgriff selbst herausreißen und etwas, das auf ihren Schultern, auf ihrer Brust lag, abschütteln. — Und doch, hatte sich andererseits nicht ein Lebenswunsch erfüllt, hatte sie nicht all die Jahre hindurch erwartet, daß eine Stunde komme, wo sie für Leopold etwas tun könnte, was ihm Freude machte? Waren nicht alle ihre Gedanken, Träume und Hoffnungen von Kinderzeit her immer und immer herübergefliegen und wie verächtliche Schwärmen um das Fenster geirrt, an dem sie jetzt saß, da er niemand auf der Welt hatte als sie?

Draußen im Hofe juchelten und keiften die Leute miteinander und schiefen von der Seite nach ihr hin. „Wo a-maden?“ fragte sie sich. Wenn sie es auch verlassen wollte, die Lene umzustimmen, und wenn es ihr auch gelingen würde, die Uebermühten heimzuführen, können die Eheleute jemals wieder miteinander in Frieden leben? Wo aber sollte a-maden, um den Gebrochenen wieder auf und weiterzuhelfen? Wenn er nur nicht so kichern und wispeln würde hinter ihr; glaubt er, sie könnte lachen, weiß er denn gar nicht, wie traurig sie ist?

Während die Hanne so grübelte und hastig nähte, hatte sich der Leopold in die Decke gewickelt und war bis zu ihrem Stuhl hingeklimmen.

„Da schau her, da bin ich!“

(Fortsetzung folgt.)

**Schweinefutter!**  
Buttermilch  
Magermilch  
Abfallmilch  
Käsemolken  
billig abzugeben. (6666)  
**Holsten-Meierei**  
Lübeck, Ketteich 14.



**Spieltarten**  
gut und billig  
Buchhandlung  
**Lübecker Volksbote**  
Johannisstr. 46

**Sapeten** billig (6671)  
Engelsgr. 46

**Schenkt Bücher zu jedem Fest!**

Für Wanderungen

**Reichskarte**  
Umgebung  
von Lübeck  
in 3 Farben  
RM. 1.—

Buchhandlung  
**Lübecker Volksbote**  
Johannisstraße 46

**Zigaretten**  
**Zigarren**  
**C. Wittfoot**  
Ob. Huxstr. 18.

**Jeder muß besitzen:**  
W. Nebmann  
**60 Hefen zu „mit u. mit“**  
Ein Lehr- u. Übungsbuch, das verjüngt, den Charakter der vier Hefen in unserer Sprache in vollständigster Weise darlegt.  
Mit 16 Bildern.  
Preis 1.50 Mark.  
Buchhandlung  
**Lübecker Volksbote**  
Johannisstr. 46

**Knaben-Anzüge**  
vorteilhaft  
EG-Bekleidungs-  
werkstätten  
Engelsgrube Nr. 44

# Pfingst-Angebot

## unserer eigenen Schürzenfabrik

1. Jumperschürzen gestreift Siamosen mit farbiger Paspel u. Tasche	1.35
2. Jumperschürzen Indigo mit farbiger Paspel u. Tasche, vollkommene Weite	1.65
3. Jumperschürzen in hübschen bunten Satinmustern und moderner Verarbeitung...	1.95
4. Jumperschürzen in verschiedenen modernen Satin-Bandstreifenmustern, extra weite Form..	3.75
5. Jumperschürzen schwarz-weiß gemusterter Satin, elegante Ausführung	3.50
6. Jumperschürzen pa. blau-weiß gepunkt Satin, mit farb. Paspel, Volant und Tasche, vollk. weit	4.50
7. Jumperschürzen pa. Siamosen für extra starke Damen, erstklassige Verarbeitung	4.25
8. Jumperschürzen aus guter kräftiger Linonware, kleidsame Form, Hohltaum u. Blendenverzierung.	2.75
9. Jumperschürzen pa. Linon reich mit Hohl- u. Sticker, verziert, mit Volant u. Tasche, extra weit	4.50
10. Servierschürzen Holländ. Form, aus starkfäd. Linon, Stickerei-ansatz und 2 Taschen.....	1.45
11. Knabenschürzen einfarb. und gestreift Siamosen, mit Tasche und bunter Borte, Länge 40	65
12. Knabenschürzen in einfarbigem Zephir, m. großer bestückter Spieltasche..... Länge 40	85
13. Kinderhänger hellgestreift Zephir, mit farb. Paspel, lg. Taille, Rockansatz u. Tasche, Länge 40	95
14. Spielhöschen in hellem Zephir, Holländerform, mit Tasche und Blende..... Länge 40	1.10
15. Hauskleider gestreift Siamosen Jumperform, langer Aermel	7.75

# KARSTADT

**Asthma- und Lungenleidende**  
Kennen Sie Dr. Clem. Wagner's peruvian. Lungenbalsam Nymphosan? Wenn nicht, bestellen Sie sofort 1 Fl. zu RM. 3.50 durch die Apotheke. Durch sicheren Erfolg werden die überaus glänzenden Anerkennungen auch durch Sie Bestätigung finden.  
Alleinhersteller: (6665)  
**Nymphosan-A-G., München 38, A 20**

100 ml. zeigt Herfehler, wenn "Kiebold" nicht in 5 Minuten bei Mensch und Tier Kopf, Hals, Kleider-  
**Läuse** (Frau) vertilgt. Bestes Radikalmittel gegen Wanzen. Sofortiger Erfolg! 1. Preis 4.  
**Luisenlust**  
Eintritt u. Lang frei

**Baugewerksbund**  
In den beiden Pfingsttagen findet ein **Jugendtreffen** des Bezirkes Norden statt.  
Am 1. Pfingsttag, abends 7 Uhr, findet ein **Konzert der Sulanke-Kapelle**, verbunden mit **Singsangvorträgen des Chorvereins**, statt.  
Eintritt 20., wofür Programm.  
Hierzu ladet freundlichst ein (6659)  
Der Vorstand.

**Kolosseum**  
Morgen Mittwoch:  
**Großer Ball**  
Sulanke-Jazzband  
Kassenöffnung 7 Uhr Inb.: H. Reck

**Fahrräder,**  
Nähmaschinen, Kinderwagen, Bromwag., Klappwagen, Teilschl. Große Auswahl. Kleine Anzahlg. 5 wöchentlich. **Laifer,** Watenhfm. 5 (b. Burg)

**Billige Konferven**  
in Dosen  
2-1/2 D. Spargel 1.95 1.4  
2-1/2 D. Wein-Erbien 0.6  
2-1/2 D. junge Erben 0.7  
2-1/2 D. Erb., mittel. 0.2  
2-1/2 D. „ m. Karott. 0.8  
2-1/2 D. jg. Karotten 0.4  
2-1/2 D. Brehbohnen 0.8  
2-1/2 D. Schnittboh. 0.8  
2-1/2 D. Wachsbohnen 0.8  
2-1/2 D. Pfefferlinge 0.9  
2-1/2 D. Zwickeln 0.6  
2-1/2 D. Apfelmus 0.68 0.8  
2-1/2 D. Kürb. 1.1  
2-1/2 D. Mirabellen 1.2  
2-1/2 D. Reineclauden 1.2  
**Marmelade**  
Loje  
Bierfrucht-Marm. 2 0.45  
Zwetschen-Konfit. 2 0.60  
Apfelgelee 2 0.60  
Orangen-Konfit. 2 0.95  
Erdbeer-Konfit. 2 0.95  
Margarine . . . 2 0.55  
**Eduard Sped**  
Hüftstraße 80/84 (6659)

**Verlobungsringe** 333 v. A.-m. goldg nicht in 1 Min. bei Menich u. Tier Kopf. Kleider- (Frau) vertilgt. Bestes Radikalmittel gegen Wanzen. Sofortiger Erfolg! 1. Preis 4.  
**Läuse**  
vert. bei. Wange m. Einm. Anm. Kompolda (B) empf. Oro. Bruba & Krause, Beckenstraße 33

Republikantisches **Viederbuch**  
Eine Sammlung von ersten und heiteren Vieder-  
texten für patriotische Feiern u. kameradschaftliche Veranstaltungen, die unter den 4 Farben:  
**Schwarz-Rot-Gold**  
stattfinden.  
Preis 35 Pfennig mit Noten 70 Pf.  
Buchhandlung  
**Lübecker Volksbote**  
Johannisstraße 46

**Schuhwaren**  
gut und preiswert  
**EG-Bekleidungs-  
werkstätten**  
Engelsgrube Nr. 44

**Bebel**  
Die Frau und der Sozialismus  
n. Leinen geb. 3.40 M.  
Buchhandlung  
**Lübecker Volksbote**  
Johannisstr. 46

**Stadttheater Lübeck**  
Mittwoch 6 Uhr  
**Sauft 1.**  
Einmaliges Gastspiel  
Geheimrat Max Krübe-  
Meiningen.  
Außer Abonnement  
Ende 10,30 Uhr  
Donnerstag 7 Uhr  
**Die Walküre**  
Freitag 8 Uhr  
Don Cesar 8 Uhr  
Sonnabend 8 Uhr  
Don Cesar 8 Uhr  
Sonnabend 8 Uhr  
Kammerspiele (6658)  
Erdegeist  
Abonn.-Vorlt. Gruppe 1

## Der Fall Neumann in der Bürgerschaft

Die amtlichen Ermittlungen / Zwei Senatsbeschlüsse / Erregte Debatte  
Angekündigtes Misstrauensvotum / Abstimmung darüber am 26. Mai

### Sachen links!

Ein toller Sturm war's gestern in der Bürgerschaft. Kaum war die sozialdemokratische Interpellation zur Sprache gebracht, kaum hatte unser Genosse Haut die ersten Worte gesprochen, da hoppelte Dr. Wittern bereits wie ein gasgefüllter Gummiball auf seinem Sitz rauf und runter. In sein helles Krächzen mischten sich die dumpferen agrarischen Töne Henks, auch Pastor Kühlließ den himmlischen Donner dazwischen rollen, so daß es Haut nur dank seiner ganz vorbildlichen Sachlichkeit gelang, sich allmählich durchzusetzen. — Kein Wunder, daß die Linke sich dafür revanchierte, als Ewers, der Weinake-Kopf der Bürgerlichen, loslegte. Aber ach, ihn verließ gar bald die behäbige Ruhe; zischend, prustend, wie ein Dampfkeßel mit verstopften Ventilen stand er da oben; so hat noch selten ein Parlamentarier jede Fassung verloren, bald schimpfte er nach links, bald auf den Wortführer, weil Ehlers, der wie immer die Ruhe bewahrte, unsern Genossen Leber nicht gleich auf den zweiten Zwischenruf hin gefesselt aus dem Saal abführen ließ. Mehrmals stand die Gefahr einer Explosion in nächster Nähe, und die Journallisten, die sich schon manchmal einen Regenschirm gemüßigt hatten, wenn allzuviel Feuchtigkeit von der Rednertribüne herabtröpf, erwogen mit Schrecken die katastrophalen Folgen, die ein solches Naturereignis haben mußte. — Doch es ging noch einmal gnädig ab, und die Beratung ging in ruhigen Bahnen weiter, bis am Ende Dr. Pastor Kühlließ noch einen Sturm der Heiterkeit entfachte, zumal als er plötzlich glaubt, auf der Kanzel zu sein, und unsern Genossen Dr. Haut eine kleine Privatpredigt hält, weil er — aus einer so „guten“ Familie — nun auch auf der Bank der Spötter saß. Aber nett war es, daß er in das spontane einsetzende „Sachen links“ aus vollem Halse einstimmte.

Das alles sei nur kurz erwähnt, wir haben absichtlich im Bericht kaum Notiz von diesen Zwischenfällen genommen. Die Gründe sollen sprechen, nicht die Menschen. Man lese Rede und Gegenrede — und bilde sich selbst ein Urteil!  
Ueber den vorangegangenen auch wichtigen Teil der Sitzung, Verabschiedung der Aufwertungs- und Grundsteuer berichten wir morgen ausführlich.

### Die Antwort des Senats

Auf die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion, die einstimmig akzeptiert wurde, erklärt sich Senator Dr. Bernebreiten bereit, sofort zu antworten. Er verliest folgende Schriftstücke:

1. Die nach Berlin zur Aufklärung der vom Amtlichen Preussischen Pressedienst gegen Herrn Bürgermeister Dr. Neumann erhobenen Anschuldigungen entsandten Kommissare des Senates haben sich durch Vermittlung der Lübecker Gefandtschaft mit der maßgeblichen Stelle, dem Polizeipräsidenten von Berlin, in Verbindung gesetzt. Dieser hat ihnen nach eingeholter Genehmigung des Preussischen Innenministeriums die Auskunft erteilt, daß gegen Bürgermeister Dr. Neumann als belastendes Material der Durchschlag des inzwischen durch die Presse bekannt gewordenen Briefes des Justizrats Claß vom 23. April d. J. und anscheinend der Umstand in Betracht kämen, daß der Name des Bürgermeisters auf einem Schriftstück enthalten sei, das einen Anschluß von 12 Personen aufwies, dem die oberste Leitung und Entscheidung über die aus Mitteln der rheinisch-westfälischen Industrie geschaffenen nationalen Unternehmungen zusteht. Weiteres den Bürgermeister belastendes Material sei nicht vorhanden.

2. Der Senat hat es nach Entgegennahme des Berichtes seiner Kommissare für notwendig gehalten, zur Vervollständigung des Materials die Briefe zu erhalten, die Bürgermeister Dr. Neumann am 18. und 25. April an Justizrat Claß gerichtet hat und um deren Herbeischaffung ersterer alsbald die erforderlichen Schritte eingeleitet hatte. Der Brief vom 25. April ist im Hause des Justizrats Claß gefunden und vom Bürgermeister Dr. Neumann selbst am 16. d. M. im General-Anzeiger veröffentlicht; der Brief vom 18. April hat nicht beigebracht werden können. Der Senat hat aber von dem Bürgermeister Dr. Neumann das folgende vom Justizrat Claß an ihn gerichtete Schreiben erhalten:

Berlin, den 16. Mai 1926.

Seiner Magnificenz  
Herrn Bürgermeister D. Dr. Neumann, Lübeck.

Euer Magnificenz teile ich unter Bezugnahme auf meine gestrige Drahtung an den hohen Senat nachstehendes mit, nachdem Herr Dr. Donner mit Ihrem Wunsch auf eine Neußerung meinerseits über Ihren bis jetzt noch fehlenden Brief vom 17. April übermittlelt hat:

Ich versichere an Eidesstatt, (Sachen links) daß  
1. Ihre Darstellung in der gestrigen von Ihnen an die Presse gegebenen Erklärung in allen Teilen richtig ist;  
2. daß bei unserer Unterhaltung über Ihre etwaige Bereitschaft, ein Reichsamt zu übernehmen, nur von dem Fall einer verfassungsmäßigen Neu- und Umbildung der Reichsregierung ausgegangen wurde und daß auch ich dies ausdrücklich betont habe;

3. daß Sie bei dieser Unterhaltung die Übernahme eines Reichsamts unter Anführung sachlicher und persönlicher Gründe für ausgeschlossen erklärt haben;  
4. daß ich Sie daraufhin gebeten habe, sich diese Frage entsprechend ihrer Wichtigkeit zu überlegen und mir schriftlich kurzen Bescheid zu geben;  
5. daß Sie durch Brief vom 17. April H. J. erklärt haben, Sie würden einer — nach obigem selbstverständlich gezielte Gedanken — Aufforderung, ein Reichsamt zu übernehmen, nicht Folge leisten.

Dies alles erkläre ich an Eidesstatt.  
Auf Grund der Mitteilung meiner Kinder, die der Durchschlag beigebracht haben, teile ich mit, daß Ihr Brief vom 17. April trotz alles Suchens nicht gefunden wurde; ob er beschlagnahmt ist, oder bei der durch die Hausjuchung verursachten Unordnung verlegt oder in Verlust geraten ist, konnte ich nicht feststellen.

Anfallend ist, daß die Polizeibeamten Ihren Brief vom 25. April nicht an sich genommen haben. (Hört, hört! Dr. Wittern: Salunken sind das!) obwohl er bei denselben Schriftstücken lag, unter denen sich der Durchschlag meines

### Die sozialdemokratische Anfrage

Bruns und Genossen bringen folgenden Dringlichkeitsantrag ein:  
Die Bürgerschaft beschließt: Der Senat möge Auskunft geben:

1. Welches Ergebnis hatten die Ermittlungen der Senatkommissare über die Anschuldigungen gegen den Bürgermeister Dr. Neumann?
2. Welche Beschlüsse hat der Senat in dieser Angelegenheit gefaßt?

### Das Misstrauensvotum

Antrag Bruns und Genossen:

Der Bürgermeister Dr. Neumann besitzt nicht das Vertrauen der Lübecker Bürgerschaft.

Briefes vom 23. befand; meine Kinder sind sicher, daß die Beamten Ihren Brief in der Hand gehabt haben. (Bewegung bei den Bürgerlichen. Ruf rechts: Unerhört! Gemeinheit!)

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Euer Magnificenz  
sehr ergebener  
gez. Claß.

3. Nach der Darstellung des Bürgermeisters hat der ihm seit vielen Jahren befreundete Justizrat Claß ihm bei einer Unterredung im vorigen Monat die Frage vorgelegt, ob er für den Fall, daß der Reichspräsident sich beim Nichtzustandekommen einer parlamentarischen Regierung genötigt sehen sollte, Männer seines Vertrauens in die Regierung zu berufen, bereit sein würde, das Amt des Reichsanzalters zu übernehmen. Herr Bürgermeister Dr. Neumann hat diese Frage des Justizrats Claß zunächst mündlich verneint. Als dann Herr Justizrat Claß auf einer Postkarte die Hoffnung aussprach, daß Bürgermeister Dr. Neumann doch noch seine Zustimmung erteilen würde, hat dieser in einer dem freundschaftlichen Verhältnis entsprechenden Form ablehnend geantwortet. Danach sind dann zwischen den beiden die bekannten Briefe vom 23. und 25. April gewechselt.

Was die Liste der Wirtschaftlichen Vereinigung anlangt, so hat Herr Bürgermeister Dr. Neumann erklärt, daß die seit mehr als vier Jahren bestehende Organisation mit einer unmittelbaren Einwirkung auf Politik nichts zu tun habe.

Bei der Stellungnahme zu diesem Sachverhalt war der Senat geteilter Ansicht.

Ein Teil hat folgende Erklärung abgegeben:

Inwieweit eine unter das Strafrecht fallende Beteiligung des Bürgermeisters Dr. Neumann an einer gegen die Reichsverfassung und die republikanische Staatsform gerichteten Unternehmung vorliegt, ist noch nicht geklärt. Die Unterzeichneten sind jedoch der Meinung, daß es für den Präsidenten einer Landesregierung unter keinen Umständen zulässig war, mit einem Manne wie Claß in Verbindung zu treten, um über die Vergabung von Reichsämtern zu verhandeln, die nach der Verfassung nur durch den Reichspräsidenten erfolgen darf. Die Unterzeichneten mißbilligen dieses Vorgehen.

gez. Löwigt Mehlein Henze  
Hoff Dreger

Die übrigen Mitglieder des Senates erachten die vom Amtlichen Preussischen Pressedienst veröffentlichte Verdächtigung des Bürgermeisters für unbegründet, da nach ihrer auf der langjährigen Amtsführung des Bürgermeisters begründeten Überzeugung dieser den ihm von Justizrat Claß entgegengebrachten Wunsch als der Verfassung nicht widersprechend angesehen und überdies wiederholt abgelehnt hat.  
Beschlüssen Lübeck, in der Versammlung des Senates am 17. Mai 1926.

Auf die wiederholte Frage, wer denn die anderen Mitglieder des Senates seien, gab Senator Dr. Bernebreiten endlich die Namen kund. Außer seiner Person sind es die Senatoren Dr. Kalfbrenner, Straß, Heinsohn und Niebont.

### Die sozialdemokratische Anklage

#### Genosse Haut

Da es sich bei der heute zur Besprechung stehenden Angelegenheit nicht nur um unser geistiges, sondern auch geistliches Oberhaupt unseres Staates handelt, beginne ich meine Ausführungen mit einem Bibelwort. Im Evangelium Matthäi 6, 24 steht geschrieben:

„Niemand kann zweien Herren dienen. Entweder er wird einen hassen und den andern lieben, oder er wird einem anhängen und den andern verachten.“

(Kühll [M] protestiert und antwortet auf die Frage warum: Weil Sie es zum Hohn gebrauchen!) — Abermals, wie leider so häufig in den letzten Jahren, gehen die stürmischen Wogen im Vaterland höher als je. Abermals sind durch das energische Eingreifen der preussischen politischen Polizei dunkle Pläne diktatorischer Gewalten aufgedeckt worden. Leider muß auch in diesem Falle wieder das Verlagen der Rechtspflege festgestellt werden. Was wäre wohl einem Sozialisten oder Kommunisten geschehen, wenn man sie derartiger Delikte beschuldigt hätte? Sie wären längst auf dem Wege nach Leipzig ins Untersuchungsgefängnis. Aber an die Herren von Claß, Hitler und Neumann rührt die deutsche Rechtspflege nicht. Alle Reinigungsversuche Neumanns und der ihm nahestehenden Presse, wie das Konzept für den heutigen Tag, sind fehlerlos. (Zuruf: Sehr richtig!) Die Gesichter auf der Gegenseite wurden immer länger. Die Rechtsermittlungen des Bürgermeisters wie seiner Presse

machen einen sehr kläglichen Eindruck. Zur Befräftigung dieser Auffassung einige Fragen:

Weshalb wurde merkwürdigerweise am 12. Mai im Senat bei Beginn der Auseinandersetzung vom Bürgermeister so gut wie alles bestritten? (Dr. Wittern: Wer hat Ihnen das gesagt?) Wer hat denn dem General-Anzeiger die Angaben gemacht? Diejenigen, die nach dem bekannten Rezept die anderen erschließen und aufdrängen lassen wollten. Es sollte alles ganz harmloser Natur sein. Allerdings mußte der Bürgermeister, als er etwas in die Enge kam, zugeben, daß er vor etwa 6 Wochen mit dem Putzgeneral Claß im Hamburg eine sehr merkwürdige (aber auch nur theoretische) Auseinandersetzung über die Durchführung einer Diktatur gehabt habe. Es sollte jedoch nur eine theoretische Ansprache gewesen sein. (Zuruf: im Scherz!) Sind denn die Ereignisse der letzten Jahre an unserem Bürgermeister spurlos vorübergegangen? Der Bürgermeister hatte von dieser Auseinandersetzung nur den Eindruck, daß es sich um eine legale Sache handle. Eine nette Harmlosigkeit, an die kein Republikaner und vernünftiger Mensch glaubt. Weshalb verschwiegen der Bürgermeister die Existenz des später veröffentlichten Briefes von Claß und rückte erst am Schluß der Senatssitzung damit heraus? Weshalb wurde dem Senat der Inhalt dieses Briefes nicht mitgeteilt? Weshalb ist heute noch nicht die Karte von Claß veröffentlicht? Weshalb fehlt noch heute der Inhalt des ersten Briefes Neumanns an Claß, der bei der Hausjuchung nicht gefunden wurde, obwohl die Kinder versichern, die Beamten hätten ihn in Händen gehabt? Er mußte doch den Inhalt dieses Briefes kennen und den Kollegen im Senat mitteilen. Das hat der Bürgermeister Dr. Neumann nicht getan. Ein solches Vorgehen ist mit dem Amte nicht vereinbar. Angeblich soll dieser Brief die Antwort auf die Karte gewesen sein und die Ablehnung enthalten haben. Aus dieser Ablehnung hat merkwürdigerweise Claß die Auffassung gewonnen, daß Neumann zustimme (Zuruf: Sehr richtig!), denn sonst kann ja der Brief von Claß vom 23. April überhaupt keinen Sinn haben. Der Redner verliest den bekannten Brief von Claß auf den ersten ablehnenden Bescheid und betont, daß diese Dinge wohl merkwürdig, aber gewiß nicht harmlos seien. Weiter verliest der Redner die im „General-Anzeiger“ veröffentlichte Erklärung Neumanns, in der er sagt, daß er die Sache überhaupt nicht ernst nahm und sofort kategorisch geantwortet habe, er wünsche an solchen Plänen nicht teilzunehmen. Das soll eine Abjage sein. Meine Herren, verlangen Sie von uns nicht, daß wir solche Dinge glauben sollen. Die kategorische Antwort an Claß, die Dr. Neumann der Presse übermittelt hat, kann man sich anders vorstellen. Es ist nichts anderes als ein juristisch und knifflig abgefehtes Verdeckungsmanöver. Um ein objektives Urteil zu bekommen, muß man sich etwas mit den Personen befassen. Hugenberg ist als Finanzminister in diesem Direktorium vorgehen. Er sucht sich natürlich ebenfalls aus dieser Affäre herauszuziehen und hat dies Neumann abgequitt. Er schreibt:

Meinerseits ist eine Vereiterklärung zur Übernahme eines Ministeramtes in dieser oder in einer anderen Verbindung niemals und weder einer befugten noch einer unbefugten Stelle gegenüber erfolgt. Die sog. Notverfassung... war mir bis zu ihrer Veröffentlichung unbekannt. Ich habe nichts mit diesen oder ähnlichen Bestrebungen zu tun.

Hugenberg ist der von Claß angezogene „Rohbratener Freund“. Claß hat den Plan zu einer Aktion ausgearbeitet, der ein fünfgliedriges Direktorium an die Spitze des Reiches bringen sollte. Und dazu sollte Neumann gewonnen werden. Sonst hätte Claß nicht schreiben können, daß Neumann im äußersten Fall zur Verfügung steht. Wozu sollte denn Neumann bereitstehen? Hugenberg wie Neumann wollen nichts wissen und was nichts zu leugnen ist, wird es als Harmlosigkeit hingestellt. Das Ganze zeugt aber von Schuldbehauptung. Neumann hat zuerst von seinem Verteidigungsrecht keinen Gebrauch gemacht, sondern ist nur Schritt für Schritt zurückgewichen. Wäre er frei von Schuld, hätte er zwischen sich und Claß einen dicken Strich gemacht. (Zuruf: Sehr richtig!)

Wer ist Justizrat Claß? In dem Prozeß wegen des nationalsozialistischen

#### Münchener Putzches

im November 1923 hat sich aus den Zeugenansagen ergeben, daß Claß im Sommer und Herbst 1923 an jenen Treibereien maßgebend beteiligt war. Die auf die Herbeiführung eines nationalsozialistischen Diktators hingezogen. (Hört, hört! Warum wird das jetzt erst gesagt?) Weil an der Hand der Ereignisse nachgewiesen werden soll, daß dies auch unser Bürgermeister wissen mußte und nicht mit Claß verkehren durfte. (Zuruf: Sehr richtig!) Herr v. Kahr selbst hat als Zeuge in diesem Prozeß unter Eid ausgesagt, daß er im Sommer 1923 mit Justizrat Claß und seinen Vertrauensleuten über die Einsetzung eines diktatorischen Direktoriums verhandelt habe. Professor Bauer, der Vorsitzende der „Vereinigten vaterländischen Verbände Bayerns“, hat in demselben Prozeß als Zeuge erklärt, daß der Alldoische Verband in Berlin eine neue, nichtparlamentarische Verfassung für das Reich ausgearbeitet habe, die im Falle des Gelingens des Putzches in Kraft treten sollte. Selbst General Ludendorff hat als Angehulbigster damals geäußert, daß Ehrhardt der militärische Organisator des Herrn Justizrats Claß und des Alldoischen Verbandes sei.

Und mit diesem Claß pflegt unser Bürgermeister seit Jahren Verkehr!

Die damalige Parole lautete: „Marsch auf Berlin“. Unter General v. Lossow war alles wohl vorbereitet, aber der ganze Plan scheiterte durch das überraschende Vorgehen der Nationalsozialisten unter Hitler und Ludendorff. Diese wollten die Führung in die Hände bekommen.

Auch im Prozeß gegen Thormann und Grandel wegen des Attentatsplanes gegen General v. Seeck ist Claß beteiligt. Es wurden zwei junge Leute für diesen Zweck

gebungen. Dr. Grandel hat selbst zugegeben, daß er durch Justizrat Claß persönlich dazu veranlaßt worden sei, den Anschlag zu organisieren. Allerdings hat Grandel dieses Geständnis später widerrufen. In der Verhandlung aber, in der Claß nur Zeuge war, wurden einige für ihn sehr belastende Briefe zur Verlesung gebracht, u. a. daß er den General v. Seede als einen Schädling der nationalen Bewegung betrachtete, der beseitigt werden müsse. v. Seede erklärte, daß Claß nicht nur an andere Generale mit Putschabsichten herangerufen sei, sondern ihn selbst dazu veranlassen wollte. Nachdem er abgelehnt habe, sei er als Volkschädling bezeichnet worden. Auch mit dem Führer der Schwarzen Reichswehr, Major Buchrucker, der den Rührer Putsch in Lüneburg, stand Claß in enger Fühlung. Der Redner verliest dann die im Volksboten bereits veröffentlichten Briefe, die Claß an den ehemaligen Kaiser und dessen Frau in Doorn richtete, die vielfaches Hört, hört! auslösen, und kommt dann auf das Verhältnis Neumanns zu anderen Organisationen zu sprechen. Bürgermeister Dr. Neumann ist nach seinen eigenen Erklärungen im Senat Mitglied der „Deutschen Volksgemeinschaft“. Das ist doch sehr merkwürdig. Bürgermeister Dr. Neumann ist aber auch noch Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung der Industrie. In dieser Vereinigung scheidet er sowohl im Fünfer- wie im Zwölfer-Ausschuß. Alle Mittel, die die Industrie zur Verfügung stellt, werden von diesen Ausschüssen verwaltet und stehen

### zur Verfügung des Justizrats Claß.

Sind diese Dinge auch etwa alle sehr harmlos? Im Schreibtisch des Herrn Claß wurde auch die „Notverfassung der nationalen Regierung“ vorgefunden. (Dr. Wittern: Die ist schon jahrelang bekannt!) Wenn Sie dies wissen, gehören Sie auch zu diesen Putschisten. Jedesmal, wenn Sie mit einem Putsch hineingefallen sind, sollen es Kindermärchen sein, bis eines Tages das Volk aufeinander schlägt. Die Schuld fällt dann Ihnen zu. (Schlösser: Ihr seid Lügner! Große Unruhe.) Ich will die Notverfassung nicht verlesen, möchte aber den Urhebern dieser Reize nicht wünschen, daß sie selbst danach behandelt werden. Kein Sozialdemokrat hat je Ähnliches gefordert. Glauben Sie nach diesem, daß der ganze Verkehr zwischen Claß und Neumann so harmloser Art ist? Ihre Zwischenrufe beweisen, daß es anders sieht.

Es sind aus allen Dingen die nötigen Schluffolgerungen zu ziehen. Nach meiner Auffassung hat Herr Bürgermeister Dr. Neumann zwei Seelen: eine, die sich den Anschein gibt, daß er sich mit den bestehenden Verhältnissen abgefunden hat. Das ist aber die Seele, die nicht ehrlich ist.

### Die ehrliche Seele ist die Seele des Mannes, der der deutschen Republik lieber heute als morgen den Garau machen will.

Wenn er ein bißchen Gefühl für die Bedürfnisse des deutschen Volkes und seiner Wirtschaft hat, dürfte er sich nie und nimmer mit Claß einlassen. (Zuruf: Sehr richtig!) Seinen Erklärungen, daß alles nur harmlos sei, ist kein Glaube zu schenken, aber selbst wenn es so wäre, wenn er tatsächlich den lebhaftesten Verkehr mit dem Oberpräsidenten Claß für ganz harmlos gehalten hat, dann

### muß er erst recht verschwinden.

Denn in diesem Falle hat er ein so geringes Vermögen an patriotischer Klugheit bewiesen, daß von keinem Bleiben im Amte nicht die Rede sein kann. Kann ein Mann, der erwiesenermaßen dauernd mit einem Claß in Verbindung steht — dem in seiner Stellung als Bürgermeister und Reichstagsmitglied alle Maßnahmen der Reichsregierung gegen diese Putschisten in erster Linie zugehen — auch nur noch eine Minute in dieser Stellung bleiben?

### Unsere Antwort lautet: Nein!

(Zuruf: Sehr richtig!) Wenn er in diesem Sinne eine Harmlosigkeit sieht, dann ist das gefährlich. Und stimmt die andere Richtung, dann ist er noch gefährlicher. Wir können einem Vertrauensmann von Claß die verantwortliche Rolle an der Spitze des Staatswesens nicht anvertrauen. Er muß verschwinden. Wir stellen deshalb den Antrag:

Der Bürgermeister Dr. Neumann bezieht nicht das Vertrauen der Bürgererschaft. (Bravo links!)

### Rosß (Komm.)

verweist auf die Geschlossenheit der beiden sich gegenüberstehenden Gruppen und zieht keine besonderen Schlüsse daraus. Die eine Gruppe, die hinter Dr. Neumann stehe, erwarte von ihm die beste Vertretung ihrer Interessen. Bis 1918 seien die Interessen der Bevölkerung von den Leuten um Claß vertreten worden. In diese privilegierte politische und wirtschaftliche Vormachtstellung sei eine kleine Schicht gelangt. Das würden die anderen nie vergessen. Die Front um Neumann könne leicht erschüttert werden, wenn das deutsche Bürgerum mehr politisch gewillt wäre. Die rechtsgerichteten Kreise, zu denen ein gewisser Teil der Neumann-Front gehöre, müßte wohl, daß eine Veränderung der politischen Verhältnisse auf verfassungsmäßigem Wege nicht zu erreichen sei. Wenn sie dies begriffen hätten, sei ihre Stellung zu Hugenberg, Claß und Neumann nicht veränderlich. Fehlen verfassungsmäßige Mittel, müßte eben zu denjenigen von Hugenberg, Claß und Neumann gegriffen werden. Der Redner ist von der Schuld Dr. Neumanns überzeugt und glaubt, daß er auch die Notverfassung genehmigt hat und daß er für sie unter Umständen auch eintreten könnte. Die Freundschaft Neumanns zu Claß sei rein politisch, er könne nicht behaupten, von allem nichts gewußt zu haben. Daß Neumann nicht verhaftet worden sei, darüber wundert sich der Redner nach den vielen Verhandlungen von Kommunisten nicht. Ein Rechtsanwalt sei nicht vorhanden. Man habe Gesoffen eingeschwert, die sich gegen das Verhaftungsgesetz verstanden haben sollten, ohne daß man ihnen etwas nachweisen konnte. Dagegen ließen die Leute, die die heutige Staats- und Wirtschaftsordnung geschaffen hätten, drei heraus und erließen noch den Befehl der Bürgerlichen. Die ganze Angelegenheit müsse zu Fall gebracht werden, sie würde alles auf die Schlichtung führen, was ihr nicht schade. Dr. Neumann habe sich so hart gegen deutsche Sime, Träne und Wehrhaftigkeit vergangen, daß er fallen müsse, ebenso wie die übrigen Senatoren, die sich schuldig vor ihm fühlten.

### Swers (Volkspartei)

erklärt, wenn die Senatoren, die heute gegen Dr. Neumann gerichtet werden, etwas mehr wüßten, dann würde keine Verurteilung an der Seite der Angeklagten stehen. Sein Schlüsselwort ist Verbrechen gibt es als einen Putsch und meine Fraktion ist die erste, die Republik zu schützen. Aber nur kühnste Behauptungen können an einem gewissen Mannes glauben. Schließlich wurde das deutsche Volk durch den des Senatoren parlamentarischen Geschwätzes abgelenkt. Man Claß habe sein Verlangen nicht loslassen zu lassen, was er ihm nach seinen Schritten als Schädling nachgewiesen. (Zuruf: Ihr gestörter Neumann!) Schließlich wurde die Schuld, daß durch die Verurteilung im Senat und Freigabe der Senatoren ein Verbrechen begangen wurde. Gegen Dr. Neumann sei nicht gerichtet. Man solle nur gewisse Senatoren verurteilen, man könne man nicht mit ihnen glauben, bewegen, man

einem mißliebigen Herrn die Ehre abzuschreiben. Das werfe auf die preussischen Regierungskreise ein bedauerliches Licht. Der Bruch des Briefgeheimnisses sei das Skandalöseste, was sich die Presse leisten habe. (Zuruf: Wo ist das Briefgeheimnis verbleibt?) Die Libelle förmlich habe das Material ausgenutzt um zum Umsturz aufzufordern. Der Volksbote tue dies, weil Dr. Neumann ihm sein politisch willkommener Herr sei. Dem Volksboten sei das Material unter Bruch des Versäumnisses übermitteln worden. es sei aber erstunken und erlogen. Neumann habe mit Claß weder theoretisch noch praktisch über derartige Dinge gesprochen. über die politische Einstellung Dr. Neumanns besteihe kein Zweifel. Er stehe rechts. Seine Verdienste um Lübeck seien offenbar. (Zuruf: Wo?) Die sozialdemokratischen Senatoren müßten Idioten sein, wenn sie sonst mit ihm arbeiteten. Neumann sei unbedingt Glauben zu schenken. Man habe das Material absichtlich entstellt, um ihm die Ehre abzuschreiben. Ein Volksentscheid werde die Mehrheit der Bevölkerung auf seiner Seite finden. Die Sozialdemokraten hätten das Material aufgearbeitet, um Rache für den Volksentscheid zu nehmen. Neumann sei der Führer des Alldutschen Verbandes in Lübeck gewesen, ihr verbänden freundschaftliche Beziehungen zum Reichsvorherrn Claß. Dieser sei auf den sonderbaren Gedanken gekommen, Neumann als Kanzler vorzuschlagen. (Zuruf: Was hat Claß damit zu tun?) Der Redner ruft einem Mitglied zu, es solle den Mund halten und fordere, daß Dr. Geber aus dem Saal gewiesen wird. Es gibt große wiederholte Unruhe und Diskurs mit dem Wortführer Ehlers, der sich die Zurückweisung erbittet. — Es handle sich um eine Wiederholung des Volksentscheides, für die er zu dank verpflichtet sei. Außer den 104. Parteifunktionären könne man keinem Menschen einreden, daß Dr. Neumann einer umständlichen Beteiligung fähig sei. Man möge ruhig unter einer solchen Parole in den Wahlkampf ziehen. Die Fällungsmethoden des Volksboten werde man zu bekämpfen wissen. Auf einen Zwischenruf bezugnehmend der Redner Dr. Geber als Schürer und Aufputscher. Unruhe.) Wenn so verfahren werde, sei die parlamentarische Regierung in Lübeck erledigt und man erhalte in Pensionen. (Dr. Geber erhält auf Zwischenrufe einen Ordnungsruf.) Swers weist ferner auf die politischen und kommunalpolitischen Konsequenzen hin. Von einer gemeinsamen Tatigkeit könne dann nicht mehr die Rede sein. Man soll an die Zukunft unseres Staates denken.

### Schöhl (Demokrat)

führt die Tatsache an, daß der Vorredner aus der Rolle gefallen sei und zu Schlösser (Witz) gewendet betont er, daß die ganze innerliche Einstellung seiner Art mit allen Leuten sympathisieren, die um kurzgedanken hegen. Man müsse die Vorgänge richtig betrachten: Dr. Neumann sei in der Vorstritzzeit Vorsitzender des Alldutschen Verbandes gewesen und daraus sei die politische Freundschaft mit Claß entstanden. Wenn sich solche Freunde zueinander über Regierungsbildungen sprächen, kommen auch andere Sachen zur Sprache. Das sei in Hamburg geschehen. Der Bürgermeister hätte das Mandat von Claß, der nicht einmal Abgeordneter sei, prüfen müssen. Claß habe keine Ministerielle zu verteilen. Claß sei eine so berühmte Persönlichkeit, daß man sich, ohne Bürgermeister von Lübeck zu sein, über seine Vergangenheit vergewissern müßte. Wie Claß die Jugend mißbrauche, so habe er die Gutgläubigkeit eines Ehrenmannes in seine Reize zu verstricken vermag. Selbst den guten Glauben des Bürgermeisters angenommen, Claß habe eine legale Regierungsbildung vorgeschwebt, dann sei

### Dr. Neumann so naiv, daß er nicht Bürgermeister von Lübeck sein kann.

Das deutsche Volk kommt seit Jahren nicht zur Ruhe, dafür sorgt die Putschpresse mit Intentionalität. Wir werden aus Ihrer Notverfassung lernen und sie uns zu eigen machen. Wenn Sie in dieser Art nur Sympathien für solche politische Beiprochungen haben, dann kann man auch unterstellen, daß Sie mit dieser Notverfassung einverstanden sind. Sie können es drehen und wenden wie Sie wollen, es ist nicht zu bestritten,

### daß der Bürgermeister von Lübeck mit dem berichtigten Putschorganisations, dem Organisator verschiedener wahnwüthiger Morde, dem geistigen Urheber eines Nordplanes gegen General Seede befreundet ist.

Es ist gerichtsnotarisch festgestellt, daß Claß der geistige Urheber dieser Taten ist. (Zuruf: Ich weiß, Buchrunder beurlaubt, fast klingt es wie Hohn, wieder putzen zu können. Unsere Justiz beweist in vielen Fällen eine Langmut, daß man sich wundern muß. Warum sind diese Leute nicht länger gefaßt? Bei allem menschlichen Empfinden bleibt die Tatsache bestehen, daß sich der Bürgermeister in unerhöhr leichtfertiger Weise in Gefahr begeben hat. Hätte er es bemerkt, hätte er nicht mit ihm ganz anders reden. Bei einer solchen Notverfassung kann er das bisherige Vertrauen nicht mehr beanspruchen. Wenn der oberste Beamte Lübeds mit Geinungsgleiten verkehrt, die die erbittertesten Feinde des Staates sind, spricht er sich selbst das Urteil.)

Sie geben sich einer Täuschung hin, wenn Sie glauben, ein Volksentscheid könnte ihn retten. Die Erregung geht auch in andere Kreise. Die Einheitsparole haben Sie nicht.

### Wir haben es endlich satt, aus von diesen Putschisten an der Nase herumzuführen zu lassen.

Es muß endlich ein Scheidungsstich gezogen werden. Uebrigens, wie denkt der Senat zu regieren, wenn er die staatsbeherrschende Sozialdemokratie verliert? Sie werden stets auf die anderen angewiesen sein. Dann fragen Sie aber auch der Republik Rechnung ab, aber ein Bürgermeister, der sich mit Putschisten einläßt, kann unser Vertrauen weiter nicht besitzen. (Bravo links!)

### Dr. Wittern (Völkisch)

bestreitet, daß Dr. Grandel zum Nord geht habe, sonst wäre er unter der Führung der Preussenregierung längst eingekerkert worden. Er habe diese Angaben im Zustande völligen Zusammenbruchs getan und nachher widerrufen. Den Schlüssel zur Klugheit gegen den Bürgermeister gebe der Volksbote wegen der Stellung Neumanns zu den Juden im Reichsrat. Die Sozialdemokraten seien die Diener und Streikleiter des Judentums und des internationalen Kapitalis. Der Redner geht auf die Ausprägungen hinzu und behauptet, die Mitteilungen aus dem Senat seien unter Eidbruch geschehen. Und wenn der Bürgermeister durch Rechtsbruch und Verleumdung in seiner Ehre behaftet sei, dann dürfe sich dieser Mann in anderem jüdisch geleitetem Staatswesen wohl wehren. (Zuruf: Ist denn Neumann ein Jude?) Er selbst habe sich nicht gegen den Bürgermeister gewandt, als dieser unter dem Druck der Straße verfassungswidrig handelte und unter Führung von Regimentsall Swers die Verfassung von 1920 verstoßen hätte. Der Redner weist weiter von der Sozialdemokratie. Der Redner weist weiter von der Sozialdemokratie, von der die Arbeiter selbst genug hätten. Aus diesen Jahren heraus sei Hitler in der Welt eingedrungen, diese Zustände gemalt zu werden. Die völkischen Schritte würden nicht von derartigen gewaltigen Forderungen kommen. Der Volksbote habe alles so entworfen, um Unruhe zu stiften, das Volk dazu zu bewegen, durch Fällungen zu belügen und zu betrügen. Es müßte ein deutscher Wille entstehen. Die deutsche Arbeitererschaft habe es satt, Räuber und Schieber als ihre Ausbeuter und Ausbeuter über sich zu haben. Die Justizverurteilung und was daran hänge, werde die angeklagten Gemüter. Aber die Verurteilung würde ihnen dazu treiben, daß sie das geschundene und in den Straßen dieser Stadt bedrückte Volk einmal

aufhäme. Im weiteren nimmt der Redner Claß in Schutz, der einer der besten Deutschen sei, die wir hätten. Er habe über Claß unwahre Angaben gemacht. Bürgermeister Neumann könne mit einem Freund doch wohl sprechen. Die verlogene Art des Volksboten und des amtlichen preussischen Pressedienstes, insbesondere der Notverfassung, werde noch heimgezaht werden. Der Volksbote habe bei der Fällung die gleichen Fällungen begangen. Unehrlisch sei es von Preußen gewesen, den abnehmenden Brief Neumanns nicht zu veröffentlichen. Preußen sei ein korrupter Staat, Neumann habe nichts Strafbares getan.

Kühl (DN) spricht unter drohendem Gelächter und pastoralen Gesten für Neumann. Daß die Notverfassung existiere, hätten sie schon lange gewußt. Der Volksbote habe sie nur zur Volksverhetzung benutzt. Die Verlesung der Schweigepflicht im Senat sei ein so unerhörter Vorgang, daß dieser Herr aus dem Senat hinaus müsse. Es müsse Beschwerde geführt werden, daß der Bürgermeister von Lübeck durch den Seditiosen Pressedienst verächtlich worden sei. Der Oberstaatsanwalt werde die geistigen Urheber dieser Verbrechen in Kenntnis und deren Nachbeter in Lübeck gerechtfertigt bestrafen.

Der Mißtrauensantrag der Sozialdemokratie findet die notwendige Unterstützung und kommt in der nächsten Bürgerstimmung am 26. Mai zur Abstimmung. Ueber die übrigen Senatsanträge werden wir morgen kurz berichten. Schluß 12 Uhr.

## Freistaat Lübeck

Dienstag, 18. Mai.

### Großes Reinmachen

Wohin man kommt, großes Reinmachen. Anlagen werden in Ordnung gebracht. Häuser geputzt. Der alte Ausstellungstempel, eine erste Sehenswürdigkeit Lübeds, verschwand über Nacht. Und selbst die alten, von Denkmalrat schon auf die Abbruchliste gesetzten Salzspeicher erhalten ein neues Gewand.

Was eine 700-Jahr-Feier nicht alles vermag! Unser Stadttheater hat schon eine ausverkaufte Vorstellung. Das Haus wird sich mit Staunen die Gäste ansehen. Viele sind seit Jahren nicht dort gewesen.

Was eine 700-Jahr-Feier nicht alles vermag! Unsere arme Stadt sollte 50 000 RM für die Feier bewilligen. Nein, das gibt es nicht, wenn auf der anderen Seite für kulturelle Zwecke und für dringende soziale Dinge gespart werden muß. 10 000 RM, wurden für erholungsbedürftige Kinder in diesem Jahre gestrichen. Das heißt, mindestens 100 Kinder werden weniger als sonst hinausgeschickt. Das Geld soll gespart werden. Aber für ein aus den Fingern gesogenes Fest sollen die Mittel da sein. Für die Erwerbslosen Abstriche, zum Feiern die Tausende.

Wie regen sich die Arbeiter aber auf, wenn Arbeiter einmal feiern wollen. Wie zernern sie über den ersten Mai, der uns höher steht als alle Kirchentage. Dafür brauchen die Herrschaften keinen Pfennig zu bezahlen! Aber hier sollen wir Gelder bewilligen aus den Taschen der Steuerzahler für einen Hofstapels, damit ein Luftrepublikaner ausmärtigen Gästen etwas über die älteste Republik erzählt, die nach seiner Meinung recht bald wieder in einer Hohenzollernmonarchie aufgehen müßte.

Es ist keine Zeit zum Feiern. Es ist Zeit zum Großreinemachen! —

Nicht für eine 700-Jahr-Feier! Für unsere Republik! Wo unsere Leute zusammenkommen, da sprachen sie in den letzten Tagen über den neuesten Putsch. Und konnten es nicht lassen, daß ein Briefwechsel, in dem über Posten in Deutschland nach einem Putsch verhandelt wird, kein Landesverrat ist.

„Wenn jemand von einem beabsichtigten Verbrechen weiß, und nicht alles tut, um es zu verhindern, so macht er sich strafbar. Wenn er aber gar noch mit verhandelt, so ist er doch Teilnehmer. Wenn das jemand von uns tun würde!“ — „Ja, mein Lieber, das ist etwas anderes.“ — „Ich meine, ein Stadtoberhaupt hat seine Freunde doch in anderen Kreisen zu suchen als bei Putschisten und Freunden Wilhelms des Verten!“

„Das ist kein Spaß mehr. Da muß ausgefegt werden!“ Das Großreinemachen wird also fortgesetzt.

Es gibt leider nicht so scharfe Besen, daß alles aus seinen Gaten herausgebracht werden kann. Es ist das Unglück unserer Republik, die über Nacht wurde, daß überall in einflussreichen Stellen Gegner der Republik sitzen blieben. Wir sind zu anständig — die Gegner sagen „zu dumm“ — gewesen. Nun rächt es sich überall.

Als vaterländisch gibt in der Republik der Monarchist. Leute, die die Republik schützen wollen, gelten als Kadaverbräuer, werden wegen Beleidigung verklagt. Wehe, wer die Monarchistenfahne schmäht oder gar herunterreißt. Er ist wegen Landesfriedensbruch sofort zu belangen. Aber wer die Fahne der Republik verunglimpft, findet — Anerkennung.

Es ist manches faul im Staate — Deutschland. Es hat sich überall zuviel Staub und Unrat angesammelt. Es wird die höchste Zeit, daß einmal ausgefegt wird, auch in Lübeck. Wir stehen im Zeichen des Großreinemachens. Wasser genug ist da. Die Bürgererschaft wird die nötigen Schrubber schon finden, damit es einmal wieder blank wird, das Schild unserer Republik!

E. Sch.

Arbeiterkulturartell. Für die nächste Zeit sind bisher folgende Veranstaltungen von Arbeitervereinen angemeldet:

- 6. Juni: Sportfest in Reinfeld.
- 12., 13., 16. und 17. Juni: Reichsarbeiterportwoche.
- 20. Juni: Reichsarbeiterportwoche, Reichsbanner-Sommerfest, Volksfest in Norwert.
- 17. Juli: Arbeiterportverein Nachttour nach Gutin.
- 7. und 8. August: Konzertklub Gaußfest.
- 15. August: Fest der Arbeit.
- 22. August: Bezirks-Turn- und Sportfest in Oldesloe.
- 19. September: Arbeiterportverein Stiftungsfest auf Bismarckhof.

Es empfiehlt sich, auch die weiteren noch geplanten Veranstaltungen dem Arbeiterkulturartell bekanntzugeben und auch dort jeweils anzufordern, ehe man sich selbst festlegt.

Angebot des Einzelhandels. Mittwoch, den 19. Mai, abends 8½ Uhr findet in der Stadthalle eine öffentliche Versammlung der im Einzelhandel beschäftigten Angestellten statt. Die Versammlung ist von allen Angestelltenverbänden gemeinsam einberufen und bereits im Interimsteil bekanntgemacht. Die Arbeitgeber haben den Tarifvertrag gekündigt. Zwischenzeitlich werden Gehaltssteigerungen vorgenommen, die Arbeitszeit wird verlängert und auch die Sonntagsruhe will man uns rauben. Damit zeigt sich, wohin der Weg gehen soll, wenn die Angestellten nicht endlich sich zur Wehr setzen. Die Versammlung muß eine feste Willensfindung werden und darum darf an diesem Abend niemand zu Hause bleiben.

# Neues aus aller Welt

## Sturm und Unwetter

Eine Unwetterkatastrophe hat in Mittel- und Norditalien ungeheuren Schaden angerichtet. Besonders heftig haben die Stürme und Wolkentrübe in der Lombardie gewüthet. Die Gäch ist teilweise über die Meer getreten und hat ganze Gehöfte mit dem Vieh und den Gartenanlagen fortgeschwemmt. Der Verkehr nach Alexandria ist unterbrochen. Viele Dörfer wurden verwüthet und Hunderte von Menschen obdachlos gemacht. Der angerichtete Schaden geht in die Millionen.

Ein heftiger Sturm wüthete am Sonntag nachmittag und in der Nacht zum Montag in Paris und Umgebung. So wurde im Stadion von Bergere während eines Fußballkampfes die Tribüne abgedeckt, so daß das Publikum kühlen mußte. Besonders starke Vermüthungen richtete der Orkan auf dem Messegelände von St. Germaine an. Mehrere Dächer wurden abgerissen und fortgeschleudert, drei Personen durch umherliegende Balken und Bretter schwer verletzt. Bei St. Cyr wurde eine Lustschiffhalle zerstört, so daß durch die Trümmer der Autobefehrer unterbrochen wurde. Aus Südfrankreich und Nordafrika kommen ebenfalls Meldungen über Sturm Schäden.

## Explosionkatastrophe in Rumänien

### Eine chemische Fabrik in die Luft geflogen.

In der Nacht zum Sonntag ist bei Klausenburg infolge Ueberhitzung der Kesselanlagen eine chemische Fabrik in die Luft geflogen. Unter den Trümmern wurden 42 Arbeiter begraben, von denen sechs den Tod fanden.

## Ein bewegener Ausbruch aus dem Zuchthaus

Sieben Schwerverbrecher haben bewiesen, daß auch das modernste Zuchthaus der Welt nicht ausbruchsfähig ist. Allerdings sind sie dem aus einem Stahl errichteten Zuchthaus zu Joliet bei Chicago, das den Anspruch auf die neueste Strafanstalt der Erde erhebt, nicht mit Handwerkszeug beigekommen, sondern durch Ueberlistung und eine auf die Sekunde eingestellte Berechnung der besten Ausbruchszeit. Joliet galt bisher als der Strafanstaltsbau, der noch keinen seiner Inhaftierten durch Ausbruch wieder hergegeben hat. In Joliet sitzen auch die beiden Mordnarrinnen Nathan J. Leopold und Richard Loeb, die seinerzeit aus reinem Uebermut ein Kind ermordet hatten, wofür sie zwar dank ihrer ungewöhnlich tüchtigen Anwältin am Galgen vorbei, aber lebenslanglich nach Joliet kamen. Als die Gefangenen zum Abendessen aufgerufen worden waren und ihre Zellen verließen, verdrängten sich ihrer sieben aus der langen Reihe und versteckten sich in den leeren Zellen. Als die „Luft rein war“, kamen sie zum Vorschein, überfielen und inebeln einen Wächter, der ihnen an einer Klirrede entgegenkam; man fand ihn später tot wieder. Auf Stürmpfen ging es in den Innenhof, und zwar unangeführt, da alle Bewegungen so berechnet waren, daß kein Wächter ihnen entgegenkam, die alle im Schlaf waren. Im Innenhof stand das Auto des Gefängnisdirektors. Vier Gemächerten sich des Fahrzeuges, drei ließen zum Wörtnerhause, dessen Einzelmächer sofort niedergestellt wurde. Der Schlüssel wurde dem Toten entzogen, das Tor geöffnet, und

schon glitt das bereits angekurbelte Auto hinaus, auf das sich in der Durchfahrt die drei hinaufschlangen. Die Wachen vor der Loren feuerten, aber die Banditen, von denen drei lebenslanglich hatten, entkamen. Es ging gegen die Grenze von Michigan. Am nächsten Tage wurden ihrer vier aber doch gefasst und umzingelt. In einem Feuergefecht fielen zwei Polizisten, und die Verbrecher ergaben sich mit zwei Schwerverletzten. Die anderen drei sind noch frei; man vermutet, daß sie nach Chicago entkommen sind.

## Titine mit den 32 Bräutigamen

Wenn ein Heiratschwindler vor Gericht steht, zeigt sich immer wieder das für die Frauen nicht gerade schmeichelhafte Bild: vor den Schranken ein lognannter Mann mit dem Gesicht eines lebensmüden Ziegenbodes und einer Figur, wie eine verbohene Wechel, auf den Zeugenbänken eine lange, lange Reihe junger und älterer Mädchen und Witwen, die in ihm die Erfüllung ihrer Träume erblickt haben, und auf dem Gerichtstisch bide, bide Bündel von Briefen, aus denen die Liebe, die ein solcher Mann bei Frauen zu erwecken weiß, in rührenden Tönen spricht. Vielleicht hat Philomena Josephine L., der dieser Tage im schönen Badeort Eolian am Genfer See die Gendarmen einen ebenso überreichenden wie sorgsameren Beach abstarteter, auf diese für das weibliche Geschlecht so beschämende ewige Wiederkehr desgleichen gedacht, als sie trotz ihres reifen Alters die Laufbahn der Heiratschwindlerin einschlug und es darin zu einer Rekordleistung brachte. „Titine“, die in zweiter Ehe lebt und heute fünfzig Jahre zählt, ist immer noch so reizvoll, daß sie sich rühmen kann, nicht weniger als 32 Bräutigame gehabt zu haben. Ihre Strategie und Taktik waren einfach. Sie gab Heiratsnotizen auf oder beantragte sie. Schnell war so ein Bräutigam gefunden. Sobald die flüchtige Verbindung geschlossen war, verstand es Titine, den Verlobten zu Geschenken aller Art, Möbel, Schmuck, Geld zu bewegen. Schien die Gebefreudigkeit oder Fähigkeit des Bräutigams erschöpft, so war es für Titines bewährte Taktik ein Leichtiges, einen dramatischen Buch herbeizuführen, worauf dem Bräutigam nichts blieb als eine doppelt schmerzliche Erinnerung an die teure Braut. Aber wie es für jeden Heiratschwindler stets ein letztes Opfer gibt, das nicht schweigend duldet, sondern klagt, so fand auch Titine in einem Marceller Kaufmann, den sie veranlaßt hatte, seit gelantes Mobiliar zur späteren Einrichtung einer gemeinsamen zu betreibenden Pension nach Eolian zu bringen, den letzten, der dem Spiel ein Ende machte. So kam es, daß man Titine ins „Violon“ sperzte. Wer sich so schwer, wie sie, gegen Liebe, Treue, Glauben und vor allem das Portemonnaie anderer verübt hat, wird mit Recht schwer bestraft. Aber wenn die 32 Bräutigame ihre begriffliche Schüchternheit überwinden und die Zeugnisanträge des Gerichts füllen, wird Titine das Verdienst haben, der Welt in einem überaus wirksamen Filme zu zeigen, daß in bezug auf liebesvolle Leichtgläubigkeit die Männer der Frauen nichts vorzumerken haben. Hoffentlich werden die Zweihundertfünfzig erscheinen und bekennen, wie sie, Herren der Schöpfung, kluge, überlegene Männer, nicht zu vergleichen mit sentimental überhöhten alten Jungfern, der gerissenen Philomena-Josephine auf den Leim gegangen sind. (Berl. Tageblatt.)

**Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrten zu Pfingsten.** Die Reichsbahndirektion Altona teilt mit: Sonntagsrückfahrten gelten vom Freitag vor Pfingsten, mittags 12 Uhr, bis zum zweiten Festtag einschließlich zur Hin- und Rückfahrt an jedem Tag innerhalb der angegebenen Geltungsdauer. Zur Rückfahrt gelten die Sonntagsfahrten außerdem noch bis zum Dienstag nach Pfingsten, und zwar muß an diesem Tage die Rückfahrt spätestens um 9 Uhr vormittags von der Zielstation der Karte, oder von einer Unterwegstation angetreten und ohne Fahrtunterbrechung zurückgelegt werden.

**Gekaufte Zeitungsreflexe.** Unter der Ueberschrift: „Ungehörige Zumutungen“ schreibt der Zeitungsverlag, das Publikationsorgan des Vereins Deutscher Zeitungsverleger: „Die erste Fiktionserfindung Lübeds Paul Vohrmann m. b. H. übertrifft den Zeitungen einen Neulamausatz zum Gratisabdruck mit dem Bemerkten: „Lediglich bei Einblendung eines Exemplars dieser Zeitschrift, in dem dieser Artikel abgedruckt ist, überreichen wir Ihnen gratis und franco ein Postpaket Fiktionserfindungen“. Kommentar überflüssig. — Was die Induzieren für eine Auffassung von Zeitungen und Journalisten haben, ist doch erstaunlich. Es muß aber doch noch Schmöhs geben, sonst würde eine derartige Schmiererei nicht versucht.

**Unter den sieben Türmen.** In Reclams Universal-Bibliothek (Nr. 6634) hat Otto Anthes sechs nette Geschichten geschrieben lassen, mit denen der Dichter ein leserndiges Publikum erquiden will. Anthes ist dafür bekannt, daß er die Feder in die rechte Tinte zu tauchen versteht. Seine Fiktionen sind auf höchstem Boden gewachsen und strömen neben reizendster Poesie so viel Schalkhaftigkeit aus, daß sie mit Genuß in einem Zuge gelesen werden. Wunderbar stimmungslos ist „Die Reise in den Himmel“, die Geschichte einer jungen Pionne und eines liebebedürftigen Lübeder Kaufmannssohnes geschildert. In's Sarkastische greift die Ehegeschichte: „Die Geschiedenen“, die auch heute noch für manchen Enttähten eine heilsame Lehre bildet und nebenbei der Juristerei einige Wahrheiten sagt. Die Spulgeschichte „Könemann“ stellt ebenso wie die weiteren Beigaben, die von allem unerfähten Hanskatengeist erzählen. (Preis 40 Pfg., neb. 80 Pfg.)

**Jitzus Corty-Althoff.** Die Gastspiele dauern nur noch bis einschließlich Donnerstag, den 20. Mai. Am Mittwoch, dem 19. Mai, findet die letzte große Schiller-, Familien- und Fremden-Vorstellung zu ermäßigtem Preise statt. In allen Vorstellungen gelangt das vollständige Programm zur Vorführung. Vorverkauf bei Buße, Zigarengeschäft. Die Jitzustufen sind ab 10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

**Stadttheater.** Da die Nachfrage nach Eintrittskarten zu der Meisterjüngers-Aufführung am 4. Juni außerordentlich groß ist, Karten jedoch nicht mehr zur Verfügung stehen, sieht sich die Intendanz veranlaßt, die Zeitaufführung vom 4. Juni am 6. Juni mit denselben Gängen, die ihre Zugänge bereits gegeben haben, zu wiederholen. Die Eintrittspreise sind die gleichen. Kartenbestellungen werden bereits entgegengenommen. Als Gäste sind verpflichtet worden: Kammerfänger Wilhelm Rodemann-Nationaltheater München (Hans Sachs), Kammerfänger Leo Schühendorfer-Staatsoper Berlin (Hedemesser), Kammerfänger Desmann-Städt. Oper Berlin (Stolz), Emanuel Litz-Staatsoper Berlin (Pogner), Erich Zimmermann-Nationaltheater München (David), Frau Elzrieda Marberr-Wagner-Staatsoper Berlin (Eichen) und Frau Sabina Kallier-Stadttheater Hamburg (Magdalena).

## Die Postpost in Lübed

Seit einigen Wochen ist die von den Handelsstraßen in Lübed herbeigekommene Anstaltskassa Lübeds an das Lübeder zur Tatsache geworden. An jedem Werktag fährt jetzt vormittags 8,45 vom Bahnhofspostamt um 9,55 vom Markt ein hübsches geschlossenes Auto mit der Flagge der Deutschen Luft-Post-Verkehrsgesellschaft und Post nach dem Primwall zu befördern, von wo die Flugzeuge um 11 in der Richtung nach Berlin und Dresden abfliegen. Zu dem Nachmittagsflug um 5 nach Kopenhagen-Malmö fährt das Zubringerauto 8,45 vom Bahnhof und 8,55 vom Markt ab. Eine Viertelstunde vor diesen Abfahrtszeiten tritt bei den Postämtern Lübed 2 (Bahnhof) und Lübed 1 (Markt) die Schlupzeit für Briefsendungen ein.

Die Kosten für Benutzung der Luftpost sind sehr mäßig. Der außer den gewöhnlichen Gebühren zu zahlende Luftpostzuschlag beträgt im Inland für Postkarten und Briefe bis 20 Gramm 10 Pfg., für Pakete bis 1 Kilogramm 2 RM., nach dem Ausland für Postkarten und Briefe bis 20 Gramm 20 Pfg., für Pakete bis 1 Kilogramm 8 RM. Weitere Einzelheiten sind am Posthalter zu erfragen.

Seider werden die durch den Anstieg an das Luftpostnetz erzielten Verkehrsverbesserungen noch viel zu wenig ausgenutzt. Es scheint, als ob die Vorteile noch nicht allgemein bekannt sind. Hier einige Beispiele für günstige Beförderungsmöglichkeiten bei glattem Anstieg in Berlin: Briefe, die um 11 in Trammünde abfliegen, sind

in Berlin . . . . . 12,45 in Dortmund . . . . . 6,25  
in Halle . . . . . 3,15 in München . . . . . 6,25  
in Braunschweig . . . . . 4,00 in Essen-Mühlheim . . . . . 6,25  
in Breslau . . . . . 4,20 in Krefeld . . . . . 7,15  
in Geiwitz . . . . . 6,20 in Düsseldorf . . . . . 7,20

So bieten sich nach dem Osten, Süden und Westen des Reiches ganz besonders vorteilhafte Verbindungen. Briefe nach den vorgenannten Städten werden nach am Aufgabebüro zugestellt, wenn für sie die Sitzstellung (besondere Gebühr 30 Pfg.) vorgeschrieben ist.

Bei dem Nachmittagsflug erreichen die um 5 vom Primwall abfliegenden Briefe 6,45 Kopenhagen und 7,15 Malmö. Unter Benutzung der abends von Malmö abgehenden Eisenbahnzüge treffen Briefe am nächsten Morgen 9,02 in Stockholm und 11,32 in Oslo ein. Die durch Benutzung der Luftpost erzielten Verkehrsverbesserungen sind demnach sehr erheblich. Alle Kreise der Bevölkerung sollten weitestgehend die gebotenen Vorteile durch fleißige Benutzung der Neueinrichtung zu verwerten.

**Partei-Nachrichten.**  
**Sozialdemokratischer Verein Lübed**  
Sekretariat Johannisstr. 48. I. Telefon 2448.  
Sprechstunden:  
1. - 7. Uhr und 4. - 7. Uhr. Fernabends nachmittags geschlossen.

7., 7a., 8., 9. und 10. Distrikt. Sitzung der Distrikts- und Bezirksführer bei Dechow, Schützenstraße, am Donnerstag, dem 20. Mai 8 Uhr abends. T.-D.: Die Kinderfreunde.

Schönböden. SPD. Mittwoch, den 19. Mai, abends 8 Uhr im „Ländhaus“. Mitgliederversammlung. Bericht des Gen. Otto Passarge über die politische Lage in Lübed.

Moisting. Bildungsarbeit. Vollziehung am Dienstag, dem 18. Mai, abends 8 Uhr im Kaffeehaus. Vereine, die nicht vertreten sind, können nicht auf Berücksichtigung bei der Festlegung der Sommerveranstaltungen rechnen!  
Parteiortstand! Vorher um 7 Uhr dringende Sitzung in örtlichen Angelegenheiten!

**Sozialistische Arbeiter-Jugend**  
Alle Genossinnen und Genossen, die Interesse für die Bildung einer Klettergruppe haben, treffen sich heute abend um 8 Uhr im Heim der Arbeiterstadt, Königstraße 97. Unter 17-Jährige haben keinen Zutritt. Der Ortsvorsitzend.  
Markt! Die Anmeldungen für die Fahrt nach der Halbkreislichen Schweiz müssen bis Mittwoch, 19. Mai, beim Genossen B. Lwowat erfolgen. Der Fahrpreis beträgt 2,50 RM. — Am 23. 5. (1. Pfingsttag) 5 Uhr Frühstunde: Fahrt ins Elbe ab Heim. Die Wandertonmission.

**Bergfriedspiele:** Dienstag, den 18. Mai, Neben im Heim der Abteilung Stadt. 8 Uhr pünktlich. Fernst tüchtig.  
**Moisting.** Am Mittwoch, dem 19. Mai, abends 7.30 Uhr, findet unser Heimabend statt. Im Anstieg an die Besammlung Volkslieder. Bei gutem Wetter im Freien! Mitbringer! meldet Euch für die mehrtägige Pfingstfahrt in die Halbkreisliche Schweiz an!

**Sozialdemokratische Frauen**  
SPD. Frauen. Versammlung am Donnerstag, dem 20. Mai, abends 8 Uhr.

**Sozialistische Kinderfreunde**  
Dienstag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, Helferversammlung im Gewerkschaftshaus. Wichtige Tagesordnung. Der Vorstand.

**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**  
Bureau: Johannisstraße 48 II.  
Geöffnet Mittwoch  
Abteilung Moisting. Spielleute. Heute (Dienstag) abend 8 Uhr Neben im Kaffeehaus.

**Gewerkschaftliche Mitteilungen**  
Gewerkschaftsvorstände, Betriebsräte usw. Die Sammelstellen für die Englandsammlung sind sofort abzugeben.  
Die vertagte Sitzung der Delegierten des Ortsausschusses findet am Mittwoch, dem 19. d. M. statt.  
Der Vorstand des ODS, Ortsvorsitzend Lübed.

**Sinweise auf Versammlungen, Theater usw.**  
Stadttheater. Heute abend zweites und letztes Gastspiel Richard Taubers als Pedro in „Tiefeland“. Es sind nur noch vereinzelte Plätze zu dieser Vorstellung zu haben.

**Arbeiter-Sport**  
Freie Wasserparteiverein Lübed. Unser Anstieg findet der ungünstigen Witterung halber nicht am Dienstag, dem 18., sondern am Mittwoch, dem 19. Mai statt. Die Übungsabende sind wie folgt festgelegt: Montag abend 8 Uhr: Reigenübungsstunde. Dienstag abend 8 Uhr: Allgemeine Übungsstunde. Dienstag abend 6 Uhr: Kinder-Übungsstunde. Mittwoch abend 7 Uhr: Vorführungsübungsstunde. Mittwoch abend 8 Uhr: Reigenübungsstunde. Donnerstag abend 8 Uhr: Wasserball-Übungsstunde. Freitag abend 8 Uhr: Allgemeine Übungsstunde. Freitag abend 6 Uhr: Kinder-Übungsstunde. Sonntag nachmittags 2 Uhr: Familienbad. Die Mitglieder werden gebeten, recht rege und pünktlich an den Übungsstunden teilzunehmen. — Am 1. Pfingsttag findet eine Vereinswanderung nach dem Primwall statt. Abfahrt morgens 5 Uhr vom Geiselplatz bis Känig. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. M. Cornehl, Schwimmwart.

**STB. Stodsdorf. Fußball-Abteilung!** Am Pfingstsonntag findet um 2.30 Uhr ein Gesellschaftsspiel Stodsdorf I gegen Hamburg-Koltenburgsori II statt. Sportfreunde von Stodsdorf, beachtet dieses Spiel.  
Der Spielvorsitzend. J. A. R. Coets.  
Frauenabteilung! Die Turnstunden der Frauen beginnen am Mittwoch, dem 19. Mai, abends 8 Uhr.

**Wetterbericht der Deutschen Gewerkschaft**  
Nachdruck verboten.  
Vorhergabe für den 18. und 19. Mai.  
Ganze Röhre: Schwache bis mäßige, zeitweise böige Winde aus West bis Nord, geringe Erwärmung, meist bewölkt, nach zeitweiser Regenschauer.

**Postbußzinsen**  
welche in der Zustellung der Zeitung keine Unterbrechung wünschen, müssen bis zum 25. d. Mts. das Bezugsgehd für den nächsten Monat beim Postamt oder Briefträger entrichten.

## Schiffsnachrichten

**Lübed Linie Aktiengesellschaft.**  
Dampfer Sankt Lorenz, Kapitän N. Lange, ist am 15. Mai 1 Uhr nachmittags von Lüba nach Helfingsborg abgegangen.  
Dampfer Sankt Jürgen, Kapitän A. Wanner, ist am 17. Mai 5 Uhr morgens in Lübed angekommen.  
Angelommene Schiffe  
17. Mai  
D. Gauthiod, Kapr. Deberg, von Kalmr. Stude, 2 Tg. — E. Smartin, Kapr. Lund, von Geile, 3 Tg. — E. Solon, Kapr. Erenien, von Yarmouth, leer, 8 Tg.  
18. Mai  
D. Mira, Kapr. Willberg, von Helfingsborg, Stüdg., 3 Tg. — D. Siferud, Kapr. Siebert, von Karestafinde, leer, 1 Tg. — E. Laurc, Kapr. Nielsen, von Solbing, leer, 3 Tg.  
Abgegangene Schiffe  
17. Mai  
E. Hoerledres-Winde, Kapr. Nielsen, nach Fredrikshavn, Salz. — E. Holand, Kapr. Palmberg, nach Stockholm, Salz. — E. Rurr, Kapr. Krestrup, nach Katta, Salz. — D. Stadt Stolz, Kapr. Andres, nach Wenden, Stüdg. — D. Wines, Kapr. Christensen, nach Stapanger, Stüdg.  
18. Mai  
D. Victoria Kople, Kapr. Schloe, nach Moos, Gipsholm.  
Lübed-Wahinger Dampfsechters-Gesellschaft.  
Dampfer Riborg, Kapitän Th. Schuse, ist am 15. Mai 6 Uhr abends nach Danzig nach Riga abgegangen.

Verantwortlich für Inhalt und Zeitwirtschaft: Dr. Fritz Salmitz.  
Für Freiheit Lübed und Revillktion: Hermann Bauer.  
Für Inzerate: Carl Luichardt. Verleger: Carl Luichardt.  
Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübed.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten

**Gewinnauszug**  
2 Klasse 27. Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.  
Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

2. Ziehungstag 17. Mai 1926  
In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 90 M. gezogen  
2 Gewinne zu 10000 M. 99678  
2 Gewinne zu 5000 M. 160892  
2 Gewinne zu 3000 M. 103480  
2 Gewinne zu 2000 M. 170882  
4 Gewinne zu 1000 M. 141489 145149  
10 Gewinne zu 800 M. 34589 54309 110355 188167 230909  
12 Gewinne zu 500 M. 101580 145307 187058 244474 280951 299061  
80 Gewinne zu 300 Mark. — 226 Gewinne zu 180 Mark.

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 90 M. gezogen  
2 Gewinne zu 10000 M. 105582  
2 Gewinne zu 2000 M. 171137  
6 Gewinne zu 1000 M. 1965 22405 293066  
6 Gewinne zu 800 M. 79216 174090 206757  
16 Gewinne zu 500 M. 7703 50311 62525 66048 147981 163863 246792 283486  
72 Gewinne zu 300 Mark. — 246 Gewinne zu 180 Mark.  
Die Gewinnnummern zu den Gewinnen von 300 Mark. 180 Mark und 90 Mark sind aus den bereits eingetroffenen Schnelllisten zu ersehen.  
Amtliche Gewinnliste erscheint gegen Ende der Woche.  
Die Ziehung der III. Klasse findet am 12. u. 14. Juni 1926 statt.  
Staatliche Lotterie-Einnahme **Jansen** Fernrat 3388  
Johannisstraße 10

**Amtslicher Teil**

**Berammlung der Bürgerschaft**

am **Mittwoch, dem 26. Mai 1926**, abends 6 Uhr.  
(6694) **Der Wortführer:** Gustav Ehlers.

Zu dem am Dienstag, dem 18. Mai 1926, im Saal des Gewerchhauses, Breitestraße 10, abends 8 1/4 Uhr stattfindenden Vortrage über das Thema „Lichtwirtschaft und neuzeitliche Schaulichtbeleuchtung“ mit Lichtbildern, Demonstrationen sowie Vortührung eines Musterchaulichters laden wir hiermit alle Interessenten ein.  
(6675) **Städtische Betriebe.**

Die Listen der gemäß § 1 der Feuerlöschordnung vom 16. Februar 1915 feuerwehrlustigen Einwohner der eingemeindeten Stadtteile liegen in der Zeit vom 20. Mai bis 5. Juni 1926 wie folgt zur Einsichtnahme aus:  
(6690)

- für Siems-Dänischburg in der Polizeistation Siems
- für Rüdnitz-Herrenwyl in der Polizeistation Rüdnitz
- für Schlutup in der Polizeistation Schlutup
- für Moising u. Genin in der Polizeistation Moising
- für Travemünde und Gneersdorf in der Geschäftsstelle Travemünde
- für Israelsdorf, Gothermund, Kämpelsdorf, Schönböden, Vorwerk u. Wesloe ind. Geschäftsnummer der Feuerw., Fleischhauerstraße 93 (8 bis 1 Uhr norm.)

Lübeck, den 17. Mai 1926. **Das Postamt.**

**Zwangsversteigerung**

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Rißerau, Blatt 62 und 68, auf den Namen des Saitlers und Tapeziers Hans Joachim Friedrich **Klodmann** zu Rißerau eingetragenen Grundstücke Artikel 62 der Mutterrolle, groß 6 a 65 qm, und Artikel 68 der Mutterrolle, groß 25 qm,

am **Dienstag, dem 6. Juli 1926**, vormittags 10 1/2 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht an Gerichtsstelle in Lübeck, Große Burgstraße Nr. 4, Zimmer Nr. 9, versteigert werden.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes am 27. April 1926 aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgeordnet werden. Der Anmeldung bedürfen insbesondere die Ansprüche auf Zinsen, für welche der Zahlungstag zur Zeit der ersten Sechslagnahme des Grundbuchs, am 21. April 1926, bereits verstrichen war.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des verpfändeten Gegenstandes tritt.  
Lübeck, den 12. Mai 1926  
(6137) **Das Amtsgericht, Abteilung II.**

**Nichtamtlicher Teil**

**WALTER REETZ  
EMMA REETZ**  
geb. Busack  
**Vermählte**  
Für erwiesene Aufmerksamkeit dank. herzlichst!

**Bernhard Wagner  
Käthe Wagner**  
geb. Langhans  
**Vermählte**  
Lübeck, d. 15. Mai 1926.  
Für erwiesene Aufmerksamkeit danken herzlich.  
(6677) D. D.

**Mietelbörger  
Blattl. Verein**  
Lübeck

Hierdurch bei Mitteilung, daß uns langj. Mitglied

**Heinrich Kähler**  
plötzlich stormen ist.

Wir war'n em ein ihr'ndes Andenken bewohrn.  
(6672)

Beerdigung Donnerstags, d. 20. Mai, nachm. 4. Uhr, Vorwerk Kirchof.  
**Der Vorstand**

**Biochemisch. Verein**  
Lübeck E. V.  
gegr. 1920

Am 15. d. Mts. verstarb unser treues Mitglied, Herr

**Wilhelm Behrens.**  
Ehre seinem Andenken!

Beerdigung am Donnerstag, dem 20. Mai, nachmitt. 3 1/2 Uhr, Kapelle Vorwerk. (6689)

Nach kurzer, aber schwerer Krankheit starb plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, meiner Kinder treuherziger Vater, unser lieber Sohn, Bruder und Schwager, der Werkmeister

**Friedrich Wohlert**  
im 45. Lebensjahre.

Schmerzlicht vermisst von den Seinen  
**Emma Wohlert**  
geb. Hädeke (6695)

**Rudolf u. Gertrud**  
nebst allen Angehörigen

Lübeck, Werderstr. 18, d. 17. Mai 1926  
Trauerfeier am Donnerstag, d. 20. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, Kapelle Burgtor.

**Blauband im Volksmunde:**

**Wer nicht wagt, der nicht gewinnt, Gut, wer Blauband statt Butter nimmt.**

**Blauband wie Butter**

Feinkost Margarine

**50 Pfennig 1/2 Pfd.**

Zu jedem Pfund die „Blauband-Woche“ gratis

Eleg. Beiwagen für Fahrrad zu verk. (6680) Augustenstraße 4a, pt.

Kinderwagen billig zu verkaufen. (6684) Schlimacherstr. 9

Zu verkauf. ein Milchschaf mit Lamm. Zu beziehen ab 6 Uhr abends. (6676) Schönkampstr. 11

E. Promenadenweg. dtl. geg. Klappportweg. 3. t. od. 3. t. Meierstr. 16 ptr.

Weiße, Bunt- und Namensstickerei. (6670) Meierstraße 9 b ptr.

**Leser Bücher Wissen gibt Macht!**

**Dienstag schließen alle Geschäfte wegen**

wie üblich nach Geschäfts-schluss ihre Pforten und des tann ein jeder die Vorstellung des **Circus Corty-Althoff** besuchen.

Täglich abends 8 Uhr das mit so großen Beifall ausgenommene „Attraktionsprogramm“ von dem man spricht!!!  
Mittwoch, den 19. Mai, 3 1/2 Uhr, die letzte große Schüler- und Familien-Vorstellung zu ermäßigten Preisen. Abends 8 Uhr: Gala-Vorstellung.  
Bereine usw. von mindestens 60 Personen erhalten Ermäßigung!

Weiße Sporthose zu verk. (6674) Krühenstr. 7 ptr.

**Kelleres Mädchen**  
zu sofort (6688) oder 1. Juni gesucht

**Maka**  
Eichenburgstraße 16

Heinrich Schulz  
Der **Leidensweg** des **Reichs-Schul-Gesetzes**  
2.80 RM.  
Buchhandlung **Lübecker Volksbote**  
Johannisstraße 46

**Gamenhandlung Schelm & Wege**  
Rengstraße 10  
Saaterbjen, Sehen, Gurten, Kürbis, Käben, Rajen- und Futtergras, Alee

Zur 700-Jahr-Feier  
**Deutschlands Städtebau**  
Lübeck — Travemünde  
bearbeitet von F. W. Virck, Oberbaurat

Buchhandlung **Lübecker Volksbote**  
Johannisstr. 46

**FAHNEN**

**Schwarz-Rot-Gold**

Größe 80 x 120 cm	RM 1.70
80 x 150	2.10
120 x 200	4.50
120 x 250	5.50
120 x 300	6.20
150 x 300	8.95

Für Sommer-Ausflüge:  
**Kinder-Fahnen Schwarz-Rot-Gold**  
mit Stoch RM 0.50, 0.60, 1.-, 2.-

Buchhandlung **Lübecker Volksbote**  
Johannisstraße 46

**Schuhreparaturen**  
aller Art, schnell, sauber und billig. (6669)

**Fünfhausen 7**  
**B. Dittmer.**

**Das Buch der Woche**  
7. Woche:  
Ein Beitrag zur Kulturgeschichte der Revolution  
Karl Kautsky  
**Terrorismus u. Kommunismus**  
330 Seiten gebunden  
früher RM 4.- - RM jetzt **1.90**

Buchhandlung **Lübecker Volksbote**  
Johannisstraße 46

**Total-Ausverkauf**

Trotz der herabgesetzten Preise auf sämtliche Artikel, wie

Strickwesten, Blusen,  
Strümpfe, Schürzen  
Damen-, Kinder- u. Baby-Wäsche

**10% Rabatt**

**A. Dreeßen, Holstenstr. 6**

**Pfingstgebäck**

Wir bitten Bestellungen auf Pfingsttuchen sofort aufzugeben.  
Ferner empfehlen wir für die bevorstehenden Feiertage:

**Rauchwaren „Geg“**  
**Weine Spirituosen**  
**Va. alkoholfreie Weine**  
**Ausschnittwaren**  
aus eigener Schlachtere  
**Marinaden „Geg“**  
**Konserven „Geg“** (6681)

**Konsumverein**  
für Lübeck u. Umgegend. e. G. m. b. H.